

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 41 vom 12. Oktober 1984

18. Jahrgang

1 DM

Schlauberger

Ganz besonders schlaue — diesen Eindruck machte Jürgen Möllemann schon immer. Jetzt hat er dies glanzvoll bestätigt. Nachdem fünf von neun Bezirksvorsitzenden der FDP in Nordrhein-Westfalen ihm mitteilten, daß sich seine Spitzenkandidatur bei der kommenden Landtagswahl in ihrem Bezirk nicht durchsetzen ließe, kam ihm die Erkenntnis: „Die nötige Geschlossenheit war nicht in ausreichendem Maße da“, so interpretierte das größte FDP-Talent diese Sachlage. Also ein neuer Spitzenkandidat für die FDP in NRW.

Doch eines muß man ihm lassen: Ein Meisterstück der Interpretation hat er zu seinem Abgang nun doch noch einmal abgeliefert und gezeigt, was in ihm steckt. Wenn die absolute Mehrheit der Bezirke sich gegen einen ausspricht, „mangelnde Geschlossenheit“ zu erkennen, dazu ist eben nur ein Möllemann fähig.

Ob dabei allerdings das Wahlergebnis mehr eine Rolle gespielt hat, (es fiel ja für die FDP eigentlich nicht schlechter aus als erwartet), oder doch mehr die gerichtlich festgestellte Tatsache, daß der „Spiegel“ seine Behauptungen über dunkle Geschäfte aufrechterhalten darf — das sei fürs erste dahingestellt.

Chinakohl

Da freute sich der Kanzler: Die vielen kleinen Kinder, die ihm zuwinkten. Der Kanzler in China, heute längst keine Sensation mehr. Nur Ausdruck davon, wie gut die westdeutschen Kapitalisten auch beim „Run nach Peking“, der offensichtlich, nach dem Zwischenstopp 1980, in die zweite Runde geht, im Rennen liegen.

Vor allem im Verkehrs- und Energiebereich wollte man die Zusammenarbeit wesentlich ausbauen, mehr „Santanas“ sollen gebaut werden als ursprünglich geplant.

China ist heute eines der pseudosozialistischen Länder, die ihre Tore am weitesten für das Weltkapital geöffnet haben, wo es am meisten zu holen gibt — und da darf der Bundeskanzler nicht fehlen. Zumal, wie er betonte, Asien künftig einer der BRD-Schwerpunkte sein soll, wofür China ein weiterer guter Ausgangspunkt ist.

Bundeskabinett zur Ausländerfrage

Niederlage für Zimmermann?

In der letzten Woche legte das Kabinett seine Haltung zur Frage des Nachzugsalters von Kindern ausländischer Mitbürger und zur Frage des Zuzugs von Ehegatten hier lebender Ausländer fest. Innenminister Zimmermann erreichte sein Ziel, den Nachzug von Kindern und Ehegatten per Dekret zu erschweren, nicht.

Aber ein Grund zum Jubeln besteht trotzdem nicht. Denn der Kabinettsbeschluss stellt ausdrücklich fest: „Ob weitergehende Regelungen notwendig werden, hängt von der zukünftigen tatsächlichen Entwicklung des Zuzugs ab. Derzeit ist die Notwendigkeit einer solchen Regelung nicht vorhanden. Für den Fall, daß sich eine erhebliche Erhöhung der Zuwanderung ergeben sollte, behält sich die Bundesregierung im Rahmen der Ausländergesetzgebung die notwendigen Schritte vor.“

Was das im Klartext bedeutet, stellte Zimmermann in der Bundestagsdebatte zur Ausländerpolitik klar. Die Bundesregierung habe die ausländischen Eltern aufgefordert, ihre Kinder rechtzeitig zu sich zu holen. Sie rechne damit, daß die Eltern



Am 13. 10. findet der Marsch in Köln seinen Abschluß. Mit folgenden Aktionen: 9.30 Uhr Demonstration durch Köln-Ehrenfeld; 12.00 Uhr Kundgebung auf dem Roncalli-Platz am Dom; 14.30 Uhr Veranstaltung; 18.00 Uhr Kulturprogramm in der Kölner Sporthalle.

sich daran hielten. „Nur unter diesen Umständen“, betonte Zimmermann, werde es kein gesetzliches Verbot für den Nachzug von Kindern über sechs Jahren geben. Und genauso sieht die Bundesregierung die Sache auch beim Nachzug der Ehegatten. Faktisch läuft dieser Kabinettsbeschluss also auf nackte Erpressung hinaus.

Und die Verschärfung des Ausländergesetzes nach den Vorstellungen von Zimmermann stand ja sowieso nicht zur Diskussion. Zimmermann kündigte an, daß mit dem neuen Gesetz „bald“ zu rechnen sei. Nutzen wir die verbleibende Zeit, um den Protest gegen dieses reaktionäre Machwerk zu verstärken!

EG-Außenminister in Mittelamerika

USA beharren auf Kriegsvorbereitungen

Gefahr für Nicaragua keinesfalls gemildert

Ein großes Vorhaben — in Costa Rica trafen sich die Minister der Staaten der EG mit ihren Kollegen aus Mittelamerika. Thema der prominenten Versammlung: Die Lage in Mittelamerika und ihre Entspannung. Nicht anwesend, aber ausgesprochen wirksam: die USA.

Sicher war eines: Der „große Macher“ auf dieser Konferenz war der Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher. Er konferierte laufend mit den verschiedenen Gruppierungen, führte pausenlos Einzelgespräche am Swimming-Pool, diktierte weitgehend das Geschehen.

Die Absichten der EG waren eindeutig: Als Vermittler auftreten, um so den eigenen Einfluß auszudehnen. Und da nun mal die BRD — weit nach den USA — an zweiter Stelle der fremden Kapitalinvestoren und Kreditgeber dieser Region liegen, war es auch klar, daß sie von den Anwesenden am mei-

sten zu sagen hatte. 132 Millionen Mark sollen für den weiteren Ausbau dieser Position demnächst fließen.

Stützung des Regimes in El Salvador (nicht ganz so plump wie andere Regierungsvertreter) und mehr Freiheiten für die Reaktion in Nicaragua, das waren die beiden zentralen Punkte, auf die es dem Bundesaußenminister ankam. Nicaragua sollte dazu bewegt werden, das Contadora-Abkommen zu unterzeichnen, was dann auch geschah.

Trotzdem: Weitgehend zu nichts gemacht wurden diese Bemühungen durch die Aktivitäten der — auf der Konferenz nicht anwesenden — USA. Ein

Brief des US-Außenministers Shultz grenzte Möglichkeiten und Bedeutung dieser Zusammenkunft sehr stark ein und unterstrich nachdrücklich, daß die USA, was auch immer die Konferenz sage, ihre Politik fortsetzen werden. Viel deutlicher konnte man die Arroganz der Macht auch gegenüber Konkurrenten nicht ausdrücken.

Dies wurde auch im Anschluß verdeutlicht, als die USA die Tatsache, daß Nicaragua das von der Contadora vorgeschlagene Abkommen unterzeichnet hatte, für bedeutungslos und unnütz erklärten.

Womit deutlich wurde, daß die USA die EG-Politik, „nur“ allgemeinen Druck auf Nicaragua auszuüben, nicht übernehmen, sondern weiterhin die Aggression verstärken wollen.

Diese Woche



Bilder, Berichte, Schicksale — zum „Ausländermarsch“
Seiten 8 und 9

BMW-Gewerkschafter:

Erfolg vor Gericht, neue Kündigungen

Die 6. Kammer des Berliner Arbeitsgerichts hat am Dienstag vergangener Woche die im April und Mai ausgesprochenen Kündigungen gegen den Leiter des IGM-Vertrauensleitekörpers bei BMW/Berlin, Rainer Knirsch, für unwirksam erklärt. Damit haben alle drei entlassenen BMW-Gewerkschafter, neben Knirsch noch Peter Vollmer und Hans Köbrich, ihre Kündigungsschutzklagen gewonnen. Ebenso wie sie schon vorher ihre Klage zur Anfechtung der Betriebsratswahl wegen unzulässiger Einflußnahme des Arbeitgebers gewonnen hatten.

In der mündlichen Verhandlung, bei der erstmals der Berliner BMW-Werkleiter Hans Glas als Zeuge vernommen wurde, wurde erwiesen, daß dieser persönlich angekündigt hatte, im Falle einer Wiederwahl von Knirsch und Vollmer Sozialleistungen der Belegschaft zu kürzen. Weder beim betrieblichen Flugblatt (Grund der ersten Kündigung) noch bei den Solidaritätsaktionen in der Öffentlichkeit (Grund der zweiten Kündigung) sei demnach von einer Beleidigung die Rede, beide Kündigungen unwirksam.

Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Verhandlungen der Kollegen Vollmer und Köbrich akzeptierte das Gericht den Antrag auf sofortige Wiederbeschäftigung von Rainer Knirsch aber nicht. Grund: Am 18. Sep-

tember sei erneut eine dritte Kündigung ausgesprochen worden. Diese aber sei kein Gegenstand des Verfahrens.

Die IGM-Rechtsvertreterin wies darauf hin, daß dies der Unternehmerwillkür Tür und Tor öffne, daß dann eben eine vierte, sechste oder sonstige Kündigung nachgeschoben werde. Wie recht sie hatte erwies sich kurz danach, als auch der Kollege Vollmer seine dritte Kündigung bekam. Hier sehen die BMW-Bosse offensichtlich einen Weg, ihre Auffassungen gegen Widerstand und wo nötig auch gegen Urteile durchzusetzen. Auch das Ultimatum der IGM an den „vernünftigen Betriebsrat“ (der Geschäftsleitung), Neuwahlen anzusetzen, wurde nicht eingehalten. (Über die weitere Entwicklung im nächsten RM).

Südafrika: Militär besetzt Soweto

Wie es der südafrikanische Polizeiminister le Grange angekündigt hatte, so geschieht es auch: In Soweto bei Johannesburg und in Siedlungen im Osten der Kap-Provinz „unterstützt“ von nun an die Armee die Arbeit der Polizei.

Nach den großen Widerstandsaktionen der letzten Wochen, bei denen 80 Menschen, zumeist durch die Hände der Polizei, starben, ist dies ein neuer Schritt, die Unterdrückung der großen farbigen Bevölkerungsmehrheit zu verstärken.

Nach Auskunft des Polizeiministeriums liegt die Aufgabe der Armee künftig vor allem bei der Unterstützung von Straßensperren, der Bewachung von Gebäuden und bei Sonderaufgaben. Alles dies, so betonte der Sprecher des Ministeriums, geschehe unter dem Befehl der Polizei.

Wie sie es auch wenden: Der Einsatz der Armee gegen die Bevölkerung zeigt, daß den rassistischen Herrschenden Südafrikas der Schreck mächtig in die Glieder gefahren ist. Daß sich erneut Widerstand so schnell und so hart ausbreiten würde, das hatten sie nicht vorausgesehen, sondern sie hatten ja gehofft, mit ihrer Wahlfarce sich Luft zu verschaffen.

Türkei: Hinrichtung und Hilfe

Am Wochenende wurde in der Türkei zum ersten Mal nach längerer Zeit wieder ein Todesurteil vollstreckt.

Ein Revolutionär war wegen „Polizistenmord“ dazu verurteilt worden, Kenan Evren gab grünes Licht. Zwei Tage zuvor hatte der Bundestag die Fortsetzung der Militärhilfe mit 130 Millionen Mark beschlossen.

Die Hinrichtung zeigt, wie verlogen die Argumente — aller — Regierungsparteien waren, in der Türkei sei alles auf dem Weg zur Normalisierung, zur Demokratisierung gar. Diesen Prozeß gelte es zu unterstützen. Weitere Entscheidungen Evrens über den Vollzug bereits ausgesprochener Todesurteile von Militärtribunalen stehen bevor. Auf europäischer Ebene hat dies in verschiedensten Kreisen erneut eine Woge der Kritik am türkischen Militärregime hervorgerufen, das aber nach wie vor seinen wichtigsten Geldgeber in Bonn hat.

Wie viele Tote für die Bonner Politik „ganz normal“ sind, hat so noch keiner ausgerechnet, es müssen aber sehr viele sein, denn die meisten sterben nicht nach Todesurteilen sondern in den Gefängnissen, gefoltert von Armeemännern, die von deutschem Geld bezahlt und ausgerüstet werden.

Gemeinsame Vollversammlung der Zentralkomitees von BWK und KPD

Am 6./7. Oktober tagte in Köln die gemeinsame Vollversammlung der Zentralkomitees von BWK und KPD. Die Tagesordnung sah vor: 1. Tätigkeitsbericht des Präsidiums; 2. Erörterung des Vorschlags zur Erweiterung der ZK-Vollversammlung; 3. Diskussion zum Thema „35-Stunden-Woche“ auf Grundlage der Artikel in der Beilage und praktische Konsequenzen.

Außer den ZKs von BWK und KPD hatten folgende Organisationen Vertreter entsandt: FAU/A, FAU/R, NHT, Proletarische Aktion, Anarchistische Föderation Südbayern. Am Samstag war noch ein Redakteur der „Roten Fahne“ (MLPD) als Beobachter anwesend, ohne sich an der Diskussion zu beteiligen. Die Vertreter der NHT konnten am Sonntag wegen einer organisationsinternen Konferenz nicht an der Beratung teilnehmen.

Nach der Billigung des Tätigkeitsberichts kam es zu einer sehr langen Diskussion über den Vorschlag zur Erweiterung der ZK-Vollversammlung. Entsprechend dem Kommuniqué der Zentralen Komitees von BWK und KPD vom 16. 4. 1983 waren bislang andere Organisationen nur als Gäste der gemeinsamen ZK-Vollversammlung von BWK und KPD eingeladen. Der Vorschlag zur Erweiterung der ZK-Vollversammlung beinhaltete nun, daß jene Organisationen, die zum Trägerkreis der gemeinsamen Beilage gehören, auch mit ihren leitenden Gremien vollberechtigt an den Vollversammlungen teilnehmen sollten. Bereitschaft dazu bestand seitens der FAU/A, der FAU/R, der Anarchistischen Föderation Südbayern und der NHT.

Auch die Mitglieder des Zentralkomitees unserer Partei, die sich in der Diskussion zu Wort meldeten, sprachen sich für die Erweiterung der Vollversammlung aus, machten aber zugleich deutlich, daß eine solche Erweiterung nicht auf der Basis des von den ZKs von BWK und KPD am 16. 4. 83 verabschiedeten Kommuniqués erfolgen könne. In dem Kommuniqué heißt es unter anderem: daß „BWK und KPD — wie die gemeinsame Wahlplattform zeigt, trotz bestehender Differenzen doch in wesentlichen Fragen der Strategie und Taktik gemeinsame politische Aussagen treffen konnten, die — zumindest in ihrer Substanz — keinen Kompromiß darstellen, sondern der Programmatik von BWK und KPD entsprechen. (Z.B. betreffs der Frontbildung gegen die Reaktion, betreffs der Unterstützung des Kampfes für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse, betreffs einer revolutionären Kritik am Kapitalismus, betreffs der Kritik an der Gesellschaftsordnung in den Ländern des Warschauer Pakts, betreffs grundsätzlicher Aussagen über den Sozialismus).“ Eine solche Gemeinsamkeit strategischer Auffassungen setzen wir im Hinblick auf Organisationen, die sich auf den Anarchismus berufen, keineswegs voraus.

Das Kommuniqué stellt die Frage: „(...) ob tatsächlich für den Kampf um den Sozialismus wesentliche Bestandteile der Politik der verschiedenen revolutionären Kräfte die Einheit dieser Kräfte in einer Partei verhindern? Handelt es sich dabei nicht vielleicht um Differenzen, die zwar durchaus bedeutsam sind, der Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei keineswegs entgegenstehen?“

Zur Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Fragestellung steht unsere Partei nach wie vor. Dabei steht und stand für unsere Partei jedoch außer Frage, daß die Vereinigung der revolutionären Sozialisten in einer Partei nur auf dem Boden des Marxismus erfolgen kann. Das steht nach Selbstbeurteilung einiger Organisationen, die zum Trägerkreis der gemeinsamen Beilage gehören, aber keineswegs außer Frage.

Deshalb legten die Genossinnen und Genossen unseres Zentralkomitees dar, daß die vorgeschlagene Erweiterung der Vollversammlung um die genannten Organisationen nicht auf der Grundlage des Kommuniqués der ZKs von BWK und KPD erfolgen kann, sehr wohl aber berechtigt ist auf der Grundlage der Erfahrungen, die bisher mit den Vollversammlungen und der gemeinsamen Beilage gemacht worden sind. Die Beilage hat sich faktisch zu einem Diskussionsorgan revolutionärer Organisationen entwickelt. Auch auf der Vollversammlung stand die Diskussion und der Meinungsaustausch zwischen den beteiligten Organisationen im Vordergrund und keineswegs die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Tätigkeit, wobei wir keineswegs übersehen, daß es eine solche gibt. Entsprechend schlugen wir vor, die Erweiterung der Vollversammlung zu verbinden mit einer Konkretisierung ihrer Aufgaben: sie sollte die Funktion haben, die Themenschwerpunkte der Beilage festzulegen und auf der Grundlage der Artikel in der Beilage vertiefende Diskussionen zu führen.

In der folgenden Diskussion warfen Genossinnen und Genossen des BWK und anderer Organisationen der Partei Ausgrenzungsbestrebungen vor. Genossen aus den anarchistischen Organisationen unterstrichen, daß es ihnen keineswegs nur um die Beilage gehe, sondern ebenfalls um eine einheitliche Organisation der revolutionären Sozialisten.

Die mehrstündige Diskussion brachte keine Klarheit. Beschlossen wurde die Erweiterung der Vollversammlung um die genannten Organisationen. Sie stellen Vertreter im Präsi-

dium der Vollversammlung und in der Redaktion der Beilage. Über die Aufnahme weiterer Organisationen entscheidet die Vollversammlung, die auch die thematischen Schwerpunkte der Beilage bestimmt. Ansonsten bleibt die Aufgabenbestimmung von Präsidium und Redaktion unverändert.

Nach einer langen und über weite Strecken ausgesprochen nervtötenden Debatte wurden zwar diese organisatorischen Fragen geregelt, Grundlage und Perspektive des Unternehmens erscheinen aber eher unklar.

Am zweiten Tag stand die Diskussion um die 35-Stunden-Woche im Mittelpunkt. Gegenüber den in der Beilage veröffentlichten konträren Positionen erbrachte die Diskussion wenig Neues, vor allem keine Annäherung der gegensätzlichen Positionen von BWK und KPD. Immerhin wurden in bescheidenem Umfang Aufgaben im gewerkschaftlichen Kampf festgehalten, bei denen die anwesenden Organisationen zusammenarbeiten können.

Mitteilung

Am 6./7.10. diskutierten Leitungsmitglieder von AFSB, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, Kommunistische Gruppen (NHT), KPD, Proletarische Aktion über die Einschätzung von Verlauf und Ergebnis der Tarifeinsetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der Metall-, Stahl- und Druck-Industrie.

Dabei wurde keine gemeinsame Einschätzung erzielt.

Betreffs der Aufgaben der revolutionären Sozialisten nach dem Kampf um die 35-Stunden-Woche wurde festgehalten, daß in folgenden zwei Punkten gemeinsame Aufgaben gesehen werden:

1. Hinsichtlich der Tarifbewegung im öffentlichen Dienst denken wir, daß sowohl in der Lohnfrage (Mindestbetrag) als auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung die ÖTV sowie die anderen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Wende-regierung und deren Ziele Unterstützung verdienen. Dies trotz des deutlichen Abgehens von der Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung.

2. Im Bereich der IG Metall in erster Linie wird es bei der Umsetzung des Tarifvertrages darum gehen, die 38,5-Stunden-Woche für alle durchzusetzen gegen die betrieblichen Differenzierungskonzepte der Unternehmer.

Dazu gehört, daß die Ausweitung der Wochenend- und Schichtarbeit bekämpft wird; ggf. in den Tarifvereinbarungen (ÖTV, HBV, — Ladenschlußzeiten).

Im Vorfeld der geplanten Betriebsvereinbarungen wird es an einem Punkt sicher zu einem verstärkten Eingreifen kommen müssen: Beim Problem der Mehrarbeit und der Sonderschichten. Hier ist es notwendig, eine breite Front gegen diese Maßnahmen zu schaffen.

Im Zusammenhang mit den abzuschließenden Betriebsvereinbarungen stehen neben der allgemeinen Verkürzung zwei Probleme im Mittelpunkt.

Da ist erstens die Verhinderung der Leistungsverdichtung durch gekürzte Arbeitszeit. Damit eng zusammen hängt der zweite Punkt — die Durchsetzung des vollen Personalausgleichs für die verkürzte Arbeitszeit, die das entscheidende Mittel dieses Tarifvertrages zur Bekämpfung der Leistungsverdichtung ist.

Madaus-Spendenprozeß

„Es hat sich gelohnt ...“

Kohl hält auch manche Versprechen

Etwas größeres Interesse fand in der vergangenen Woche der erste Prozeß im Rahmen der Spendenaffären. In der Verhandlung, in der der Pharmaindustrielle J. W. Madaus angeklagt ist, sagte der frühere Steuerbeamte Klaus Förster aus. Der Mann also, der die ganze Sache „ins Rollen“ gebracht hat.

Dabei war besonders interessant, wie seine erste Entdeckung, immerhin schon vor fast 10 Jahren, 1975 geschehen, wirkte. Damals hatte er es aktenkundig, daß die CDU über liechtensteiner Umwege illegale Gelder von Großunternehmen bekam.

Für einen Fahnder ist es an sich ausgesprochen „karrierefördernd“, wenn er Steuerhin-

Notwendigkeit von Zurückhaltung. Was ihn nur zunächst verwunderte. Nicht mehr als klar wurde, daß auch die FDP (damals in NRW an der Regierung mit der SPD) und die SPD ihren Teil abbekommen hatten. Zurückhaltung, so wurde ihm gesagt, sei nötig, „zur Aufrechterhaltung der demokratischen Parteienlandschaft“.

In der Tat wurde von den

dafür zu sorgen, daß sich dieser Standpunkt durchsetzt, wollte der Angeklagte zwar nicht aussagen. Die ihm folgenden Taten der neuen Regierung, vor allem der Überraschungscoup mit der „Amnestie für Steuerbetrüger“ in diesem Frühjahr, deuten aber eindeutig daraufhin, daß Kohl ein Mann ist, der solche Versprechungen nicht nur einhält, sondern dafür auch Risiken eingeht — sofern es eben Versprechungen an Kapitalisten sind.

Es sind wirklich die klassischen Verhältnisse, wie sie sich „der kommunistische Klein Moritz“ vorstellt, die in dieser parlamentarischen bürgerlichen Demokratie herrschen. Ein Kanzler, der für seine Leute sorgt — um nahezu jeden Preis — und Beamte, für die das Ende der Karriere gekommen ist, wenn sie vom großen Teppich auch nur ein Eckchen lüften. Von Ministern, die gekaufte Entscheidungen fällen, ganz zu schweigen. Im Januar ist Graf Otto dran.



Graf Lambsdorff im Garten seines Hauses bei Münster: „Wenn unser Wohlstand blühen soll, müssen wir die Demokratie wie ein Rosenbeet kräftig zurückschneiden.“

Der Flick-Graf tobt sich seit längerem in der „Bild“-Zeitung aus — mit Schere. Kürzen und Beschneiden ist halt nun mal sein Hobby, die arbeitenden Menschen des Landes sein Unkraut.

terziehungen entdeckt. Nicht so für Klaus Förster. Er berichtete über zahlreiche Behinderungen seiner Arbeit in der Behörde. Höhepunkt des Vorgangs: Vor der Bundestagswahl 1976 bekam er Anweisung, die Sache vorübergehend ganz sein zu lassen. Der Grund war eindeutig: Die CDU sollte wegen der von ihm gefundenen Tatsachen keine Stimmen verlieren.

Als er kurze Zeit später ins Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen gerufen wurde — eine Ausnahme für einen doch relativ niederrangigen Beamten — signalisierten ihm die dort anwesenden acht Herren ebenfalls sehr deutlich die

verschiedenen betreffenden Seiten alles getan, um diese angeblich demokratische Parteienlandschaft aufrechtzuerhalten. Das reichte von Försters Strafversetzung bis hin zur Kampagne gegen jene Journalisten, die die Bestechung aufdeckten.

Abgerundet wurde dieses Bild im Verlauf dieses Prozesses um ein weiteres Mosaiksteinchen. Der Angeklagte Madaus berichtete von einem Gespräch mit Helmut Kohl, kurz vor dessen Wahl zum Kanzler im Herbst vor zwei Jahren.

In diesem Gespräch habe ihm Kohl versichert, an diesen Spenden sei „kein Unrecht“. Ob er ihm auch versprochen hat,

CDU beantragte „Aktuelle Stunde“

Bundestag und Manöverbehinderung

Was an sich selten vorkommt, passierte in der letzten Woche: Eine Regierungspartei beantragte eine aktuelle Stunde im Bundestag. Die CDU forderte, daß über die verschiedenen Aktionen zur Manöverbehinderung gesprochen werde.

Offensichtlich versprach sich die Union davon die Möglichkeit, politisch in die Offensive zu kommen. Ihre verschiedenen Sprecher lagen dann auch gänzlich auf der zuvor vom Innenministerium ausgehenden Linie: Gewalttäter, Feinde der Republik, Chaoten sind am Werk. So hatte es ihnen der Staatssekretär Spranger wohl gar nicht erst groß einflüstern müssen. Der hatte in seiner Vorgabe gleich restlos alles, was es an Widerstandsaktionen in den letzten Jahren gegeben hat, mit unter die Reihe der Gewalttaten eingereiht, Betriebsbesetzungen eingeschlossen.

Die Herangehensweise der CDU ist eindeutig. Protest? Sicher. Wir leben ja im allerdemokratischsten Staat, den sich diese Herren vorstellen können. Aber wie? Keine Aktionen, das sowieso nicht. Eigentlich auch: Keine Demonstrationen. Zumindest nicht, wenn nicht alles für Verfassungsschutzspitzel ersichtlich ist, wenn irgendwo Sol-

daten sind, Prominente sind, Wertgegenstände sind. Es ist das alte Bourgeois motto: Dagegen sein, bitte sehr, aber Maul halten.

In der Tat ist es von den Fakten her ja geradezu lächerlich: Da wird großartig über Schäden gejammert, die Behinderungsaktionen bereitet hätten. Und bewußt nicht erwähnt, was für Schäden eigentlich fast übers ganze Jahr solche Manöver denn anrichten. Da wird großartig Verständnis gezeigt für den amerikanischen Faschistengeneral, der gerne so richtig aufklären würde, und dann philosophische Spitzfindigkeiten über Gewalt an sich produziert. Die Gewalt darf nur von uns ausgehen, unter diesem einheitlichen Motto aller reaktionärer Parteien stand die ganze CDU-Schow bei dieser Debatte.

Schlimm genug, daß niemand dagegen redete, nicht gegen den Grundzug dieser CDU-Politik. Die SPD beeilte sich zu beweisen, daß sie nicht und nie-

mals und nimmermehr so etwas tun, unterstützen oder zulassen würde. Als ob ein bißchen Beton im Sprengkasten sozusagen ein halber Krieg wäre und nicht umgekehrt die Manöver.

Aber auch bei den Grünen beschränkte man sich auf die philosophische Seite des Problems, der Unterscheidung von Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen. Was eine Haltung ist, die spätestens dann endgültig am Ende wäre, wenn ein Panzer aufgehalten werden soll, in dem sich Menschen befinden. Was nach bürgerlicher Diktion ja Gewalt gegen Menschen ist.

So war es mehr der überraschenden Ungeschicklichkeit der CDU zu verdanken, die, in einer gewissen Verkennung der Lage überzog und restlos alles an Widerstandsformen zum Tabu erklären wollte, wenn ihr Plan eindeutige politische Fortschritte zu machen nicht ganz so aufging, wie sie es wohl beabsichtigt hatten. Der bekannte Aufruf einer Reihe „Prominenter“ jedenfalls hat in diesem Fall eindeutig der Polemik der Regierungsparteien genützt.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Wer macht die Gesetze?

Zur Debatte über Stellung und Arbeit des Deutschen Bundestages

Am Verhältnis zwischen Regierung und Parlament wurde in der Bundestagsdebatte verschiedenste Kritik laut. Zum Beispiel daran, daß sich die Abgeordneten des Bundestages, genau wie wir alle auch, aus den Medien über Beschlüsse des Kabinetts informieren müssen, weil eine spezielle Unterrichtung des Bundestags durch die Regierung nicht stattfindet und auch nicht vorgesehen ist; zum Beispiel daran, daß sich das Recht von Mitgliedern der Regierung, in Debatten des Bundestags jederzeit das Wort zu ergreifen, in der Praxis so auswirkt, daß ein Drittel der vorgesehenen Redezeit und mehr von Regierungsmitgliedern mit Beschlag belegt wird; zum Beispiel daran, daß von einer Kontrolle der Regierung durch den Bundestag — aus unterschiedlichen Gründen — faktisch keine Rede sein kann. Auf diesen letzten Punkt, der ja von grundsätzlicher Bedeutung ist, um die Frage entscheiden zu können, ob der Bundestag tatsächlich „das Instrument des deutschen Volkes“ ist, durch das es einwirkt, regelt und bestimmt“ (Barzel in der Bundestagsdebatte), werden wir noch zu sprechen kommen.

„Natürlich sind wir in der Gesetzgebung sehr gut.“

Zunächst aber zur Frage der Gesetzgebung. Denn das wird uns ja vor allem versprochen, daß wir, das Volk, die Leute wählen, die die Gesetze machen; daß wir, das Volk, deshalb auch — zwar nicht direkt, aber doch indirekt — die Staatsgewalt in Händen halten. Interessanterweise wurde über diese Arbeit des Bundestages, die Gesetzgebung, in der Bundestagsdebatte so gut wie gar nicht gesprochen. Wenn es doch geschah, dann, um dem Bundestag lobend auf die Schulter zu klopfen. Der Abgeordnete Langner (CDU/CSU): „Die beiden ersten Aufgaben, die Regierungsbildung und die Gesetzgebung, sind — so glaube ich — vom Bundestag in all den Jahren hervorragend wahrgenommen worden.“ Der Abgeordnete Conradi (SPD): „Natürlich sind wir in der Gesetzgebung sehr gut. Zum einen kommen viele von uns aus dem öffentlichen Dienst, und auch die vielen Juristen tragen dazu bei. Das, was man gut kann, macht man gern. Deshalb sind wir ein gutes Gesetzgebungsparlament.“ Irrenden Widerspruch verzeichnet das stenografische Protokoll zu dieser parteienübergreifenden Selbstbeweihräucherung nicht.

Mal ganz abgesehen davon, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Conradi hier ein entschieden seltsames Bild von „guten“ Gesetzen und einer „guten“ Zusammensetzung einer Interessenvertretung des Volkes offenbart, bleibt die Frage, ob es überhaupt stimmt, was die beiden Herren erzählen.

Es stimmt nicht. Denn tatsächlich macht der Bundestag von Jahr zu Jahr weniger Gesetze, sondern beschränkt sich darauf, Gesetze, die woanders, von anderen gemacht werden, zu beschließen.

In den ersten acht Legislaturperioden des Bundestags (1949 - 1980) wurden insgesamt 5289 Gesetzesvorlagen erarbeitet. Davon 3521 von der

Bundesregierung, 1811 vom Bundestag und 227 vom Bundesrat. Und bei den tatsächlich verabschiedeten Gesetzen sieht die Bilanz so aus: von 3599 verabschiedeten Gesetzen beruhten 2825 auf Vorlagen der Regierung, 694 auf Vorlagen des Bundestags und 80 auf Vorlagen des Bundesrats.

Und die Tendenz für Gesetzesvorhaben, die aus dem Bundestag selbst kommen, ist sinkend. In der ersten Legislaturperiode waren es noch 149 Gesetze, die auf Vorlagen aus dem Bundestag beruhten, in der achten Legislaturperiode waren es nur noch 40.

Gemacht werden die Gesetze also nicht vom Bundestag, dem gewählten und angeblich gesetzgebenden Organ, sondern von der Regierung, bzw. im Regierungsapparat. So viel ist schon mal festzuhalten.

„Es gibt keine Möglichkeiten mehr, außer Kommata...“

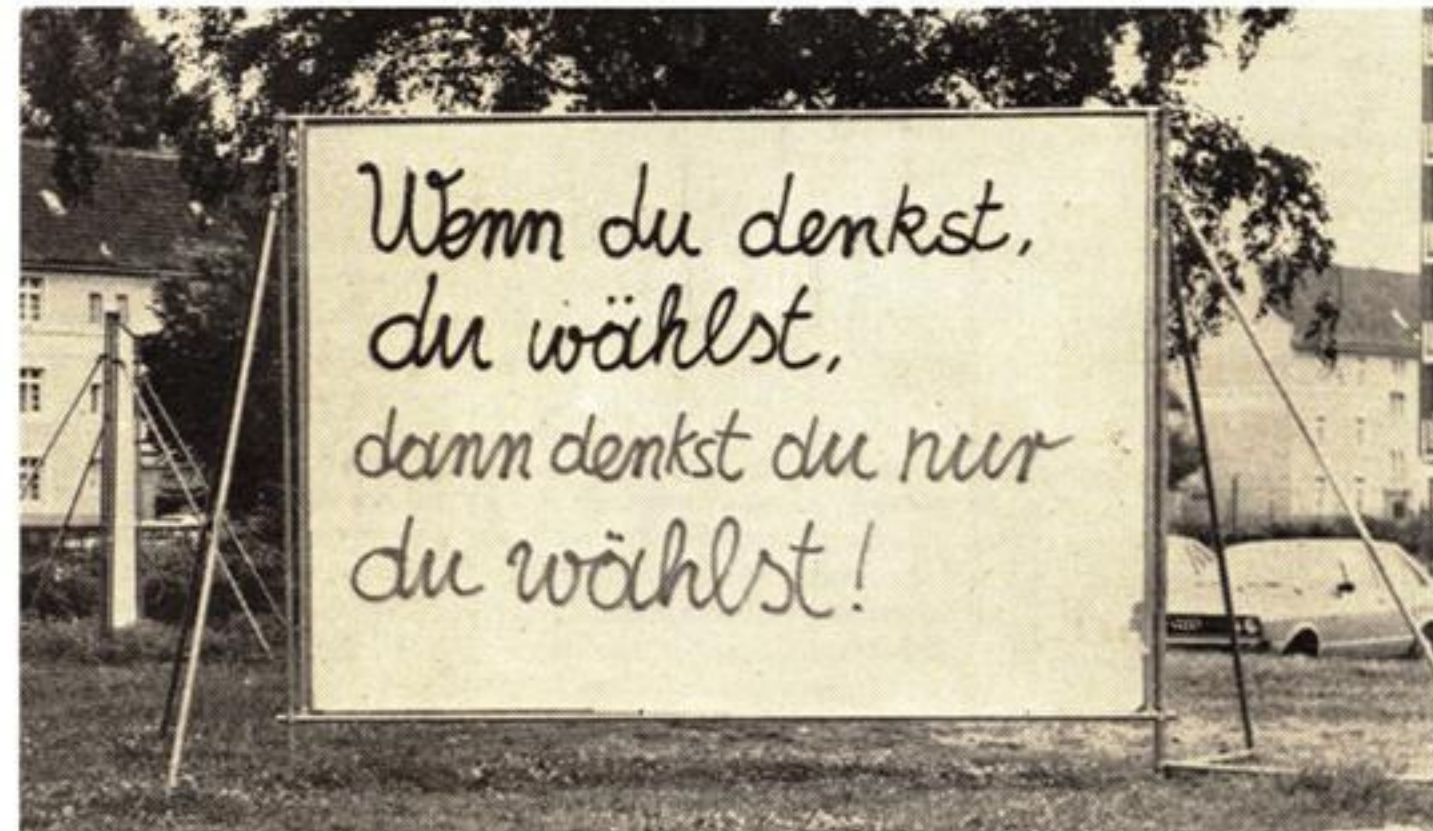
Nun könnte man natürlich sagen, was soll's? Egal, wo die Gesetze entworfen werden, entscheidend ist doch, daß nur der Bundestag sie beschließen, ihnen Gesetzeskraft verleihen kann.

Das stimmt — auf dem Papier. Tatsächlich gab es aber keinen einzigen Abgeordneten, egal von welcher Partei, der in der Debatte über Stellung und Arbeit des Bundestages etwa behauptet hätte, im Bundestag würden die Entscheidungen über Gesetze fallen. Alle waren sich vielmehr darin einig, daß die Entscheidungen längst gefallen sind, wenn ein Gesetz im Bundestag zur Entscheidung ansteht. Der Abgeordnete Schöffberger (SPD) darüber, was im Bundestag mit den Gesetzentwürfen geschieht: „Wenn wir den bisherigen Zustand aufrechterhalten, werden wir immer wieder von Anfang an auf den mit Punkt und Komma ausgefeilten Regierungsentwurf gesetzt. Es gibt keine Möglichkeit mehr, außer Kommata und das eine oder andere Wort, die Konzepte zu verändern.“ Der Bundestag stimmt also ab, was woanders entschieden wurde. Mehr nicht.

Entgegen dem, was landauf, landab erzählt wird, wählt das Volk in der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik also keineswegs die Leute, die die Gesetze machen. Es darf lediglich diejenigen wählen, die, wie der Abgeordnete Schöffberger so anschaulich beschreibt, an bereits gemachten Gesetzen Kommata und einzelne Wörter verändern.

Denn im Gegensatz zum Bundestag, der die Gesetze machen soll, sie aber nicht macht, sondern nur abstimmt, ist die Regierung, die die Gesetze laut Grundgesetz ausführen soll, sie in Wirklichkeit in aller Regel aber auch selber macht, ja keineswegs ein gewähltes Organ. Vom Bundestag gewählt ist lediglich der Kanzler. Die Regierung wählt niemand. Das sogenannte Kabinettsbildungsrecht liegt allein beim Kanzler. (Laut Grundgesetz. In der Praxis „helfen“ einige ein bißchen nach, wie die jüngsten Enthüllungen des „Spiegel“ in Sachen Flick gezeigt haben.) Der Bundestag hat hier nicht mitzureden.

Am 20.9.84 debattierte der Deutsche Bundestag sozusagen über sein Selbstverständnis. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es im Grundgesetz. Der Bundestag — so lernen wir es in der Schule — soll das Organ sein, mittels dessen das Volk seine Herrschaft ausübt. Die Regierung dagegen die Exekutive, die ausführt, was der Bundestag beschließt und von ihm kontrolliert wird.



Und was für die Minister gilt, die zwar kein Mandat haben müssen, es in der Regel aber doch haben, gilt für den Regierungsapparat erst recht. Denn an dieser Bürokratie — sie umfaßt an die 20000 Personen, davon allein im Verteidigungsministerium über 5000 — ändert sich, von den allerhöchsten Spitzen abgesehen, selbst dann nichts, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag ändern. So war beispielsweise auch in der Zeit der sozialliberalen Koalition der Personalarzt des Ministeriums immer fest in der Hand der CDU. Hier, in diesem Apparat entstehen die Gesetzesentwürfe, die als Regierungsvorschläge auf den Tisch kommen — unter maßgeblicher Beteiligung des Kapitals.

fabrik GmbH, Dorothee Wilms, Leiterin des Führungsstabes Bildung am Institut der Deutschen Wirtschaft und — nicht zu vergessen — Kanzler Kohl selbst, der seine Karriere als Referent der chemischen Industrie begann.

Im Kabinett Schmidt/Genscher sah es nicht viel anders aus. Hans Friderichs beispielsweise, Bundeswirtschaftsminister, kam aus dem Bank- und Versicherungsgewerbe und wurde nach Niederlegung des Ministeramtes Vorstandssprecher der Dresdener Bank. Innenminister Baum beispielsweise war vor seiner Amtsübernahme zehn Jahre als Mitglied der BDA-Geschäftsführung tätig. Karl-Heinz Sohn, Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche

wie geschmiert läuft, ist keineswegs eine Besonderheit in der Beziehung der Familie Flick und den Bonner Politikern.

Wenn auch nicht in dieser Form, so ist grundsätzlich die

hören — und Ausschußmitglied wird aus einsichtigen Gründen längst nicht jeder — haben keinen Zutritt, nicht einmal als Zuhörer. Dafür aber Ministerialbeamte und ausgesuchte Experten. Wo diese Experten herkommen, wenn es beispielsweise um Steuer-, Finanz- oder Wirtschaftsfragen geht? Natürlich von dort, wo der „Sachverständigenrat“ sitzt — aus den Direktionsetagen der großen Konzerne, aus den Spitzen der Wirtschaftsverbände. Aber so richtig spannend wird es in den Ausschüssen nicht mehr. Hier wird nichts Wesentliches mehr entschieden, sondern hier werden die Gesetzesentwürfe nur noch zur Verabschiedung im Parlament aufbereitet. Und die Ausschußmitglieder erhalten dazu die Informationen, die die Exekutive bzw. die Kapitalisten für angebracht halten. Zu welchen absurden Situationen es dabei kommt, mag ein Beispiel illustrieren:

1979 weigerte sich Sepp Hort, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung des Ottobrunner Luft- und Raumfahrtkonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einen Informationsfilm über die Mehrzweckwaffe-1 für den Tornado vorzuführen. Begründung: Nach seinen Ermittlungen waren nicht alle Abgeordneten „sicherheitsüberprüft“. Deshalb durften sie gemäß strikter Auflagen des Bundeswirtschaftsministeriums den Film nicht zu sehen bekommen. Über die Bewilligung der Gelder für die Mehrzweckwaffe-1 sollten sie aber trotzdem beschließen ...

Was bleibt, ist das Abstimmen

Wenn der sogenannte klassische Lobbyismus tot ist, wie oft geschrieben wird, dann also nicht etwa deshalb, weil die Unternehmer inzwischen — demokraten, die sie sind — dazu übergegangen sind, ihren Einfluß auf dem Weg geltend zu machen, der dem Volk als einziger offensteht — indem sie alle vier Jahre zur Wahl gehen. Nein, der klassische Lobbyismus ist tot, weil die oben dargestellten Methoden der Einflußnahme unauffälliger und effektiver sind. Was nicht bedeutet, daß das Kapital dem Bundestag gar keine Bedeutung mehr beimißt. Es gibt sie nach wie vor, die Abgeordneten, die direkt bei großen Konzernen angestellt sind; nach wie vor werden auch über Beraterverträge, Gutachtertätigkeit usw. usf. Abhängigkeiten geschaffen.

Denn wenn die Gesetze auch woanders gemacht werden. Abstimmen muß sie immer noch der Bundestag — und da baut der kluge deutsche Wirtschaftsmann eben vor. Und der Parlamentarier dankt es ihm, indem er wider alles bessere Wissen dem Volk erzählt, der Bundestag sei das „Instrument des deutschen Volkes, durch das es einwirkt, regelt und bestimmt.“

(In der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen“: „Dies ist nicht der Ort, darüber zu reden“ — Wie der Bundestag die Regierung nicht kontrolliert.)

Eingeladene Verbände bei Gesprächsrunden der Bundesministerien: (41)

Thema: Neuordnung der Berufsausbildung im Metall- und Elektrobereich der Industrie und des Handwerks

Aussprache am 15.1.1975 im Bundesministerium für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

1. Gewerkschaften

- (1) Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf
- (2) Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt/Main

2. Andere Verbände

- (1) Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, Bonn
- (2) Deutscher Industrie- und Handelstag, Bonn
- (3) Deutscher Handwerkskammertag, Bonn
- (4) Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln
- (5) Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln
- (6) Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Köln
- (7) Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie e.V., Frankfurt/Main
- (8) Bundesverband Metall
- (9) Vereinigung Deutscher Metallhandwerke, Essen
- (10) Zentralverband Sanitär- und Heizungstechnik, Bonn
- (11) Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeughandwerks, Bonn
- (12) Zentralverband des Deutschen Elektrohandwerks, Frankfurt/Main

Und die Unternehmer?

Das Kapital macht seinen Einfluß auf die Gesetzgebung auf vielfältige Weise geltend.

Zunächst einmal dadurch, daß es dafür sorgt, daß auch die richtigen Leute an den Schalthebellen der Macht sitzen — nämlich seine eigenen. Das sind im Kabinett der Wende-Regierung beispielsweise Jürgen Warnke, Hauptgeschäftsführer des Verbands der keramischen Industrie, Heinz Riesenhuber, Geschäftsführer der Synthomer Chemie GmbH, früher Boß der Frankfurter Metallgesellschaft, Christian Schwarz-Schilling, Mitinhaber der Accumulatoren-

Zusammenarbeit, war zuvor Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung beim Krupp-Konzern (davor übrigens Leiter der Abteilung Mitbestimmung beim DGB) usw. usf.

Aber dieser personelle Filz ist nur eine Methode, mit der das Kapital seinen Einfluß geltend macht. Eine andere Methode ist die, daß einzelne Konzerne und die Unternehmensverbände den Regierenden ihren „Sachverständigenrat“ zur Verfügung stellen und über Eingaben, Gutachten und Stellungnahmen darauf hinwirken, daß schon vom Referentenstadium an die Gesetzesmaschinerie in ihrem Interesse läuft. Daß sie dann — im wahrsten Sinne des Wortes —

Ein anderes Forum für die Abstimmung der Gesetze (aber natürlich auch anderer Maßnahmen) sind die Beiräte, Arbeitskreise, Kommissionen usw. im Umfeld der Ministerien. Insgesamt gab es zuletzt ca. 400 mit ca. 6000 Mitgliedern, die meisten bezeichnenderweise beim Wirtschaftsministerium und beim Ministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Und schließlich gibt es noch die Ausschüsse des Bundestages — nicht umsonst an letzter Stelle genannt. Die Ausschüsse (§ 69 der Geschäftsordnung) grundsätzlich nicht öffentlich. Abgeordnete, die den Ausschüssen nicht ange-

Umsetzungsfragen der neuen Tarifverträge

Probleme, Fragen, Auseinandersetzungen gibt es viele, die die Umsetzung der neuen Tarifverträge betreffen. Wir haben schon in vergan-

gen Ausgaben des Roten Morgen über einige Auseinandersetzungen dazu berichtet — beispielsweise über die Behandlung dieser Frage bei

HDW/Kiel. Im folgenden soll an einigen Beispielen der derzeitige Stand der Umsetzung deutlich gemacht werden.

Stahlindustrie

Hier ist ja im Prinzip die 38-Stunden-Woche vereinbart — bereits ab dem 1.10.1984. Schon direkt nach dem Tarifabschluß begann die Auseinandersetzung um die Umsetzung dieser Arbeitszeitverkürzung. Während der Arbeitgeberverband (AGV) von 24 Minuten pro Tag bis zu 13 Freischichten für Contischichtler ging, wurde sehr schnell deutlich, daß sich in den Betrieben eine relativ breite Front für eine Zusammenfassung der Wochenarbeitszeitverkürzung auf mindestens einen Tag alle vier Wochen bzw. 13 Tage im Jahr herausstellte. Dies ist bei einem Anteil von fast 75 Prozent Schichtarbeitern in der Gesamtbelegschaft auch nicht überraschend, ist vor diesem Hintergrund auch vom überhaupt möglichen Arbeitsplatzsicherungseffekt wohl die vernünftigste Lösung. Ähnlich wie in der Metallindustrie standen auch die Betriebsräte der Stahlindustrie vor dem Problem der Umsetzungsregelung durch abzuschließende Betriebsvereinbarungen. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist allerdings nirgends eine solche abgeschlossen. Der Grund ist ganz einfach: Die Unternehmensvorstände beharren — auch auf Anweisung des AGV — darauf, daß es 1. keine generelle Freischichtenregelung gibt und 2. keine 13 Tage für alle, sondern nur je 19 tatsächlich gearbeiteten Schichten eine Freischicht — sie wollen also Urlaub, Krankheit, Feiertage etc. ausklammern.

Auf verschiedenen Funktions- und Mitgliederversammlungen der IGM geriet der Vorstand und die Bezirksleitungen in NRW unter Beschuß, eine klare Auslegung des Vertrages zu vereinbaren. Was dabei allerdings jetzt herauskam, ist ein halber Skandal, der auf einer Versammlung der Gesamtbetriebsratsvorsitzenden auch entsprechend unter Beschuß geriet. IGM und AGV vereinbarten die im folgenden in den wichtigsten Abschnitten / dokumentierte Auslegung des Vertrages vom Juli:

1. Die 38-Stunden-Woche wird in den Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie bis zum 31.12.1984 dadurch erreicht, daß allen Arbeitnehmern drei arbeitsfreie Tage eingeräumt werden. Auf teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer findet die Regelung entsprechend Anwendung. Diese arbeitsfreien Tage werden betrieblich festgelegt.

Aus dieser Verabredung ergibt sich weder für die Berechnung von Freischichten noch für die Art der Durchführung der Arbeitszeitverkürzung eine Bindung der betrieblichen Parteien für die Regelung ab 01.01.1985.

2. Die zum 01.10.1984 vereinbarte Umstellung der Entlohnung auf die verkürzte Arbeitszeit (Tarifloohnerhöhung von 5,26 Prozent sowie Änderung des Multiplikators für den gleichmäßigen Monatslohn von

174 auf 165) wird am 01.01.1985 Tage (regelmäßiger Arbeitsverhältnis) von 3,3 Prozent durchgeführt.

Die gesamten betrieblichen Entgeltregelungen sollen also über den 01.10.1984 hinaus unverändert beibehalten und erst zum 01.01.1985 umgestellt werden.

Die arbeitsfreien Tage nach Ziff. 1 sind deswegen bezahlte Tage (regelmäßiger Arbeitsverdienst).

3. Die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, daß in den Betrieben bis zum 31.12.1984 die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung ab 01.01.1985 durch Betriebsvereinbarung geregelt ist.

Im Tarifvertrag vom 16.07.1984 wurde eine Wochenarbeitszeitverkürzung vereinbart. Diese kann betrieblich grundsätzlich durch gleichmäßige oder ungleichmäßige Verteilung auf die einzelnen Wochentage auch im Durchschnitt mehrerer Wochen oder durch Zeitausgleich mit Freischichten durchgeführt werden.

Die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, daß alle im Tarifvertrag vorgesehenen Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung unter angemessener Berücksichtigung der Belange des Betriebs und der betroffenen Arbeitnehmer angewandt werden können.

Kritisiert wurde von vielen Diskussionsrednern auf der Versammlung am 2.10. beim Zweigbüro der IGM unter Anwesenheit von Judith (Stahl) und Lang vom IGM-Vorstand folgende Punkte:

1. Die klammheimliche Vereinbarung — nur die Verhandlungskommission war informiert — die große Tarifkommission wurde überhaupt nicht gefragt.

2. Die Lage ist jetzt genauso wie vor Monaten, denn die Betriebsräte müssen jetzt vor Ort Betriebsvereinbarungen abschließen.

3. Die IGM hat sich über den Löffel barbieren lassen, denn durch die Regelung 3 Tage für das IV. Quartal hat man auf 2 Stunden und 24 Minuten verzichtet — aufs Jahr berechnet also auf mehr als eine Schicht.

4. Es wurde ausdrücklich in Punkt 3 noch einmal festgeschrieben, daß auch 24 Minuten pro Tag als Verkürzung möglich sind — ja daß die Tarifvertragsparteien sogar davon ausgehen, daß alle Möglichkeiten genutzt werden, die der Vertrag zuläßt.

Die abgeschlossene Vereinbarung widerspricht auch den Forderungen, wie sie die im sog. Sulzbacher Kreis zusammenarbeitenden Vertrauenskörperleitungen der Stahlbetriebe bei ihrem letzten Treffen aufgestellt hatten: Grundsätzlich eine Zusammenfassung der Wochenarbeitszeitverkürzung auf ganze Tage und 13 für das gesamte Jahr zu vereinbaren.

Siemens/Witten

Der „Rote Lautsprecher“, Betriebszeitung der Partei bei Siemens in Witten, hat in seiner letzten Ausgabe die Frage der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung und Neueinstellungen — in lockerer Form so angepackt:

Es war einmal eine Betriebsleitung, die weinte bitterlich, weil sie 30 Prüfer entlassen mußte.

Wie sehr sie auch suchte, und wie doll sie sich auch anstrenzte, sie fand einfach keine Arbeit

mehr für die 30. — Das war im Juni.

Einige aber von den Prüfern durften doch noch länger bleiben. Nicht nur die zwei, die gegen ihre Entlassung geklagt hatten, auch andere. Für zwei oder drei Monate. Merkwürdigerweise hatten diese Prüfer Arbeit. Acht Stunden, jeden Tag. Wahrscheinlich haben sie einfach besser geguckt als die Betriebsleitung, die vom vielen Weinen etwas blind war. Und darum haben sie die Arbeit gefunden, die die Betriebsleitung vergeblich gesucht hatte. — So ging der Sommer ins Land.

Als es Herbst wurde, wischte sich die Betriebsleitung die Tränen ab — und was sah sie? Arbeit in Hülle und Fülle! Fein, sagte die Betriebsleitung und spuckte in die Hände, dann machen die Prüfer jetzt Überstunden im Systemprüffeld. Jeden Tag und jeden Samstag, den ganzen September. Sie wollte sofort an die Arbeit, bzw. ans Befehlen gehen, da versperrten ihr ein paar böse Betriebsratshexen den Weg. „Wie kommt das denn“, fragten die mit boshaftem Lachen, „du hast doch vor kurzem noch 30 Prüfer entlassen?“ „Aber meine lieben

Ford/Köln

Im September war von der Ford-Geschäftsleitung dem Betriebsrat ein Modell der Umsetzung vorgelegt worden, daß eine Spaltung der Arbeiter und Angestellten zum Ziel hatte: Arbeiter sollten täglich 18 Minuten kürzer arbeiten, die Angestellten sollten 18 Minuten längere Mittagspause machen. Die wurde vom Betriebsrat abgelehnt und Ford stellte folgendes Ultimatum:

1. 18 Minuten täglich kürzere Arbeitszeit für alle.

2. Nur dann wird der Effektivlohn um 3,3 Prozent erhöht — so wie der Tariflohn.

Dieses Ultimatum wurde an die Presse gegeben, während der Gesamtbetriebsrat noch tagte, um über die zu der Zeit unterbrochenen Verhandlungen zu beraten. Also wurde eindeutig deutlich gemacht: keine Verhandlungsbereitschaft mehr vom Ford-Vorstand, der Gesamtbetriebsrat (GBR) sollte durch dieses Vorgehen unter Druck gesetzt werden, dem Vorschlag zuzustimmen.

Die Forderungen des GBR sind folgende:

„1. Neueinstellungen, und zwar in dem Umfang, den die Arbeitszeitverkürzung ausmacht. Das ergibt 4 Prozent Neueinstellungen.

2. Effektive Erhöhung der Löhne sowie der Zulagen um 3,3 Prozent ab dem 1.7.84 und um 2 Prozent ab dem 1.4.85.

3. Arbeitszeitverkürzung in Form von Freischichten.“ (BR Info 7/84)

Die Kollegengruppe um den „Ford-Spiegel“, die auch mit einer eigenen Liste zur Betriebsratswahl kandidierten, setzen sich dafür ein, die Belegschaft aktiv in diese Auseinandersetzung einzubeziehen.

Dazu gehört, daß sie vorschlugen, eine regelrechte Befragung der Kollegen durchzuführen, welches Modell von ihnen für das Beste gehalten wird.

Dies wurde von ihnen sowohl im Betriebsrat, wie auch auf der Belegschaftsversammlung Ende September vorge schlagen.

Da der Betriebsrat des Kölner Werkes nicht mitzog, planen die Kollegen, selbst wenn auch dann nur in kleinerem

Damen“, sagte die Betriebsleitung beruhigend“, die Arbeit ist gerade erst eingeflogen, erst vor ein paar Sekunden — wumm! — landete sie aus Italien auf meinem Schreibtisch. „Von wegen, du Satan“, schimpften die Hexen, „die Arbeit ist seit März in deinen Plänen. Hier arbeiten jetzt noch fünf Prüfer, die du entlassen hast, stell sie erst wieder ein, sonst vermasseln wir dir die Überstunden.“ „Waas“, fauchte die Betriebsleitung, „das kommt überhaupt nicht in Frage. Ich habe drei Monate über ihre Entlassung geweint, soll das etwa alles umsonst gewesen sein?“ — „Dann sieh zu“, sagten die Hexen und flogen davon. „Ihr Arbeitsplatzvernichter, ihr verantwortungslosen“, schrie die Betriebsleitung hinter ihnen her, „ich hab so lange geweint und ihr wollt mich ruinieren! Wenn ihr dabei bleibt, werdet ihr alle entlassen, alle, alle, alle!“

Als die Hexen außer Sichtweite waren, wischte sich die Betriebsleitung den Schaum vom Mund, erinnerte sich an das Betriebsverfassungsgesetz, durch das die Macht der Betriebsratshexen eingeschränkt wird, und rief die Einigungsstelle an.

Rahmen, eine Kollegenerhebung durchzuführen. Zur Frage der Umsetzung führte einer der Kollegen vom „Ford-Spiegel“ auf der Belegschaftsversammlung am 24.9. u.a. folgendes aus:

„Man muß die Vorstellungen von Ford mal genauer durchleuchten, dann wird klar, was sie wollen.“

Wenn die Belegschaft statt 40 Stunden nur noch 38,5 Stunden arbeitet, dann bleiben ca. 4 Prozent der Arbeiten liegen, will man die Kollegen nicht mehr belasten. Also müßten ca. 4 Prozent neue Kollegen eingestellt werden, damit die jetzigen Kollegen nicht mehr arbeiten sollen als vorher.

Mehr noch! 208 ausländische Kollegen haben gekündigt, zusätzlich gehen fast täglich Kündigungen über die Bühnen, die unter der Überschrift „persönliches Fehlverhalten“ laufen. Das heißt, daß bis zum 1.4.85 in Niehl über 1000 Arbeiter und Angestellte eingestellt werden müßten. Und das ist das wichtigste, das Neueinstellungen durchgesetzt werden.

Genau das zu tun, weigert sich Ford. So gesehen wird doch ziemlich deutlich, was Ford mit den 18 Minuten erreichen will: Weniger Kollegen sollen mehr arbeiten!

Eine Umfrage unter den Kollegen könnte der Geschäftsleitung ziemlich schnell zeigen, daß wir von der 18-Minuten-Regelung nichts halten.

Das wäre die richtige Rückendeckung für den Betriebsrat und wahrscheinlich wirksamer, als ein freiwilliger Verzicht auf eine Effektivloohnerhöhung.

Ich persönlich muß allerdings sagen, daß ich die Regelung mit kürzeren Freitagnachmittagen für die beste halte —

z.B. jeden 2. Freitagnachmittag frei — denn diese Lösung läßt es uns 1986 offen, den Kampf für die volle Durchsetzung der 35-

Stunden-Woche wieder aufzunehmen. Das sollte man bei der Meinungsbildung auch berücksichtigen.“

Hoesch/Dortmund

Neue Rationalisierungen — Arbeitszeiteffekt soll mehr als aufgehoben werden! Das ist der Inhalt eines Plans zur Umorganisation der Maschinenbetriebe bei Hoesch in Dortmund, in denen die Abteilungen der Instandhaltung und Reparatur zusammengefaßt sind.

Solche Pläne werden in allen Betrieben der Stahlindustrie mit geringen Abwandlungen z.Z. verfolgt. Bei Hoesch führten diese Pläne in der letzten Woche zu einer ersten 2stündigen Arbeitsniederlegung im Warmbreitbandwalzwerk auf der Westfalenhütte. Morgens wurde in einem Flugblatt der RGO enthüllt, was der Vorstand vor hat. Im folgenden einige Ausschnitte daraus:

Heese und Könitzer Hand in Hand!

Die Maschinenbetriebe sollen nach dem neuen Konzept des Vorstandes 60 Millionen DM „sparen“ — das heißt:

- Jeder 5. Arbeitsplatz im M-Bereich soll weg!
- 600 Facharbeiter und 200 Angestellte sollen aus M verschwinden!

- Das neue M-Konzept ist ein „Billig“-Plan — Risiko fahren ist Parole!

- Höherer Fremdfirmeneinsatz ist geplant!

- Weitere radikale Verringerung der Schichtbelegschaften, der Facharbeiter vor Ort — verstärkter Einsatz von zentralen „Hauruck-Kolonnen“!

- Zusammenfassung von Schlossern und Elektrikern in Elektromechanischen Abteilungen — damit weiteres Zusammenstreichen der Belegschaften auf diesem Gebiet — aus zwei Stützpunkten mach einen — mit nur noch der halben Belegschaft!

- Überführung eines Drittels von WTB an die elektromechanischen Abteilungen!

- Übergabe von fast der Hälfte (40 Prozent) von Rohrnetz als zentrale Gruppe in den Werkstattbereich von MR!

Dieses Konzept Könitzers und Consemüllers wird vom „Obervertrauensmann“ Arbeitsdirektor Heese breit unterstützt. Nach der Aufgabenverteilung im Vorstand spielt er jetzt — nachdem M das Konzept entwickelt hat — den Durchführer und Umsetzer dieses Plans. Das fängt an mit seiner Wei-

gerung, Neueinstellungen aufgrund der Arbeitszeitverkürzung durchzuführen. Stattdessen hat er die Forderung aufgestellt, daß die M-Betriebe soviel Leute „freistellen“ sollen, daß die Produktionsbetriebe, die in eingeschränktem Umfang die Richtbelegschaften erhöhen müßten, wegen der 38-Stunden-Woche, von M aus mit Personal beliefert werden sollen — im Klartext also: Facharbeiter raus aus ihrem Beruf — rein in die Produktion — Qualifikation ade!

Gleichzeitig versucht er hier die Belegschaft zu spalten, einen Teil gegen den anderen auszuspielen:

1. Innerhalb der Facharbeiter — die „besten“ sollen bleiben — nur die „schwachen“ (alten??) sollen abgegeben werden.
2. Die, die vorläufig verbleiben, will man locken mit angeblichen Verhandlungen über eine bessere Facharbeiterentlohnung.

Wie das aussieht, zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der Produktivitätsprämie. Bei 10 Prozent höherer Leistung, die wir bringen, gibt es lächerliche 30 Pfennig mehr — obwohl 10 Prozent vom Stundenlohn immerhin zwischen 1,30 und 1,50 wären.

3. Druck soll erzeugt werden von den Produktionsbereichen auf die M-Betriebe, ja schnell Facharbeiter abzugeben, um endlich im Produktionsbereich die Belegschaften auffüllen zu können.

Deshalb ist es auch der Arbeitsdirektor, der Druck macht, das M-Konzept und die Freistellung der Belegschaft an die Produktionsbereiche möglichst schnell — am liebsten zum 1.1.85 — durchzudrücken! Dagegen ist Widerstand notwendig!

Lassen wir uns nicht spalten — gemeinsam für die Umsetzung der Erhöhung der Richtbelegschaften um 5,26 Prozent in allen Bereichen der Hütte! Neueinstellungen statt Mehrarbeit!

Kündigungsschutzprozeß bei Hoesch!

Am 17. Oktober um 9.00 Uhr findet im Arbeitsgericht Dortmund die 1. Kündigungsschutzverhandlung des Kollegen Guttek gegen Hoesch statt. Der Kollege hatte auf der Liste der RGO im Werk Union kandidiert und war im April dieses Jahres auch in den Betriebsrat gewählt worden.

Bereits im Oktober 1983 war er mit einer Reihe anderer Kollegen von den Dortmunder Hüttenwerken von Hoesch nach den Rohrwerken in Hamm „ausgeliehen“ worden — befristet bis zum 31.12.1983.

Ende des Jahres 1983 dann wurde er auf Dauer nach Hamm geschickt — obwohl z.B. in seinem Bereich (Verkehrsbetriebe) in der Folgezeit massiv Überstunden, Schichtplanverlegungen etc. vorkamen. Offensichtlich sollte ein unbequemer Kollege, der sich nicht alles gefallen ließ und seinen Mund aufmachte, abgeschoben werden.

Die Kandidatur auf der Liste der RGO wurde von Hoesch nicht als Hinderungsgrund gesehen, ihm eine Änderungskündigung ins Haus zu schicken — die schon erwähnte Versetzung nach Hamm.

Bei der Güteverhandlung vor einigen Monaten wurde kein Ergebnis erzielt — die Verhandlung am 17.10. wird Hoesch, so ist zu hoffen, eines besseren belehren.

PAISY

Kein Großbetrieb, dem es in den letzten Jahren nicht darum ging, ein Personalinformationssystem einzuführen, vor einigen Jahren fast durchweg ohne Widerstand der Betriebsräte, dadurch fast unbemerkt für die Belegschaften. Eine Rationalisierung auf leisen Sohlen, unsichtbar, den Belegschaften trickreich als harmlose „neue“ Lohnabrechnung verkauft. Inzwischen ist der Widerstand gegen Personalinformationssysteme breiter geworden.

Das Buch „Personalinformationssysteme“ trägt dazu bei, zu erkennen, was sich dahinter verbirgt. Die verschiedensten Seiten des Problems werden angesprochen: Wie funktionieren Personalinformationssysteme, woher werden die Daten geliefert? Wie sehen

Verbindungen zu anderen Betriebsdatenerfassungssystemen aus? Wie können sich Belegschaften gegen die Einführung von solchen Systemen wehren? Welche Rechte, welche Rechtsprechung gibt es dazu? usw. usf.

Man muß nicht unbedingt das ganze Buch in einem Stück durchlesen, sondern kann blättern in Schaubildern, Flugblättern, Erlebnisberichten, Werbebroschüren der Herstellerfirmen usw. Auf jeden Fall ein leistungsfähiges Buch für alle, die in dieses Gebiet einsteigen wollen, oder auch ihr Wissen und ihre Erfahrungen erweitern wollen. Wir drucken im folgenden Auszüge aus einer Rede der BR-Vorsitzenden von Gruner + Jahr in Hamburg auf einer Betriebsversammlung ab.

Dichtes Kontrollnetz

Der nächste Punkt, den wir befürchten, ist die Einführung eines dichten Kontrollnetzes in der ganzen Satzherstellung, und zwar lückenlos, sekundengenaue. Kein einziger Abschnitt soll aus dem elektronischen Kontrollsystem herausgelassen werden, alles soll erfaßt werden. Zwar sollen nur Fertigmeldungen der Aufträge, nicht die Beginn-Zeiten registriert werden. Herr Dr. Essmann behauptet, dadurch erfasse das System gar keine wirklichen Bearbeitungszeiten, weil ja zwischendurch die Aufträge an den einzelnen Fertigungsstellen liegenbleiben. Aber, Kollegen, das ist eine Irreführung. Denkt doch mal daran, wie viele Aufträge ohne Liegezeit durch die Produktion laufen, z. B. beim Stern-Hauptprodukt, beim Zeit-Hauptprodukt. Da könnt ihr doch nicht die Arbeit liegenlassen. Es ist doch klar, daß wenn ein Arbeitsgang erledigt ist, dann sofort der nächste folgt. Und daraus ergibt sich dann nicht eine Verweilzeit, wie Herr Dr. Essmann sagt, sondern die tatsächlich verbrauchte Arbeitszeit.

Meine Herren von der Geschäftsleitung, Sie können uns doch nicht an der Nase herumführen und uns erzählen, hier handle es sich um Verweilzeiten, wo wir genau wissen, daß tatsächliche Bearbeitungszeiten gemessen werden. Es handelt sich, und wenn das nur zwanzigmal oder nur fünfmal am Tag passiert, um Echtzeiten. Es geht hier nicht um bloße Verweilzeiten.

Der nächste Punkt: Das System ist lückenlos in der Lage, die Arbeitszeiten für die einzelnen Arbeitsgänge an den verschiedenen Fertigungsstellen zu erfassen. Jeder Setzer muß wissen: Wenn er seine Arbeit morgens aufnimmt, so betritt er ein dichtes, lückenloses Kontrollnetz. Jeder einzelne Arbeitsgang wird aufgenommen, und zwar so, daß der Betroffene nichts davon merkt. Da steht keiner mit einer Stoppuhr, dem ihr sagen könnt, wenn er euch auf den Wecker geht: „Verschwinde mal, verdien dein Geld woanders.“ Die Kontrolle, die jetzt eingeführt werden soll, passiert völlig unsichtbar, elektronisch und sekundengenaue. Der Mann mit der Stoppuhr wird durch das System auch noch wegrationalisiert. Das System selber ist die Kontrolle.

Verdichtung der Arbeit

Kommen wir zum nächsten Punkt: Verdichtung der Arbeit. Ihr habt ja zur Zeit alle ganz

schön viel zu tun. Ich staune oft, wie das alles zu schaffen ist, die ganzen Aufträge, die dazugekommen sind. Es sind etwa ein Viertel mehr Aufträge, aber nur zwei Leute sind eingestellt worden. Also, wenn man das mit früher vergleicht, so ist es nicht verwunderlich, daß es oft ein bißchen zuviel wird.

Und wenn dann mal einer nicht richtig funktioniert oder „ausflipp“, dann kommt die Abmahnung — auch ein bißchen schneller als früher. Oder wenn man eine Freischicht haben will, dann ist das auch nicht mehr so einfach wie früher. Wir warten ja immer noch auf die nächste Urlaubsplanung, mal sehen, wie es dann aussieht, wenn die Elektronik sie uns vorgibt, und zwar nach dem Leitsatz, größtmögliche Gewinne mit möglichst wenig Personal zu machen.

Herr Dr. Essmann, Sie sollen Aufträge disponieren können, das müssen Sie auch. Bloß dazu braucht man keine Echtzeiterfassung. Arbeitswerte werden bisher mit Hilfe von Tageszetteln erfaßt. Und diese Tageszettel werden eingegeben in ein elektronisches System, das dann diese Arbeitswerte errechnet. Diese Arbeitswerte dienen als Planungs- und Dispositionsgrundlagen. Bloß was Ihnen dabei nicht paßt, ist, daß diese Werte von den Kollegen selbst aufgeschrieben werden und natürlich nicht sekunden- und minutengenau sind. Ihnen wäre da die direkte Stoppuhr am Arbeitsplatz lieber. Um Aufträge zu planen, brauchen Sie keine Minuten- oder Sekundengenauigkeit. Dazu genügen die Werte, die auf der Grundlage der Tageszettel vorliegen. Die Belegung der einzelnen Fertigungsstellen wird ohnehin nur mit Plandaten gemacht. Aber wir befürchten folgendes: Durch diese sekundengenaue Rückmeldung sollen die bisherigen Planwerte durch knapper kalkulierten Zeiten ersetzt werden. Dazu sollen zunächst die tatsächlichen Arbeitsabläufe elektronisch abgefilmt werden. Ihr müßt euch das so vorstellen wie eine Momentaufnahme. Da gibt es eine sogenannte Äquivalenzproduktdatei — eine fürchterliche Sprache. Das ist wirklich eine Sprache, da braucht ein Betriebsrat so ungefähr ein halbes Jahr, um sie umzukrempeln und herauszukriegen, was da wirklich dahintersteckt. Also in dieser Äquivalenzproduktdatei werden idealisierte Zeiten als Planwerte gespeichert. Und nun lassen wir einmal einen Auftrag durchflitzen, und zwar ohne Liegezeiten, was ja in der Setzerei reichlich vorkommt. Dann drücken wir auf den Knopf und geben dieses als Zeitaufnahme in das System ein, in die Äquiva-

lenzproduktdatei. Ab jetzt sind Vergleiche mit den alten Zeiten anstellbar, die neuen Zeiten können zur neuen Norm erhoben werden.

Das ist die Gefahr der ständigen REFA im Betrieb. Stellt euch also das System als elektronische Filmkamera vor: Die tatsächlichen Zeiten für die einzelnen Arbeitsgänge werden in der Äquivalenzproduktdatei gespeichert, diese enthält die idealisierten Angaben zu den verschiedenen Arbeitsgängen, die sogenannten Arbeitswerte. Drückt man nun auf den Auslöser — Übernahme als Äquivalenzprodukt, so heißt dieser Befehl —, dann werden die Angaben des gerade elektronisch gefilmten Arbeitsgangs als neue Plandaten festgehalten und zur neuen Norm erhoben. Stellt euch einmal vor, da sind fünf Leute in Urlaub. Was passiert denn dann? Daß die Kollegen keine Normalarbeit mehr leisten, sondern daß sie ranklotzen, um die Zeitschrift herauszubringen, und die Gefahr ist eben dann, daß diese unter Ausnahmestellen erbrachte Leistung zur neuen Durchschnittsnorm erhoben wird.

Elektronisch organisierte Tariffahrt

Jetzt kommt ein anderes Problem, das kann man beschreiben an Hand einer uns vorliegenden Bildschirmmaske „Flexible Auftragsauslagerung“, offenbar eines der wichtigsten Ziele des Einsatzes dieses neuen Systems.

Bekanntlich haben Gruner + Jahr und andere Großdruckkonzerne die Verfügungsgewalt über die Tiefdruckaufträge. Darüber gibt es ganz klare Statistiken. Ihr seht ja, wie die Mittel- und Kleinbetriebe zur Zeit sterben. Hatten die Mittel- und Kleinbetriebe bisher noch einen gewissen Prozentsatz an Aufträgen zu erledigen, so haben inzwischen ganz wenige große Konzerne, und dazu gehört auch Gruner + Jahr, den Hauptteil der Produktion übernommen. Sie teilen sich die Aufträge im Tiefdrucksektor untereinander auf.

Es gibt Mittel- und Kleinbetriebe, denen das Wasser bis zum Hals steht. Zu Billigtarifen, d. h. zu den Bedingungen, die die Großkonzerne ihnen diktieren, müssen sie die Aufträge abwickeln. Das führt dazu, daß diese Mittel- und Kleinbetriebe oft trotz voller Auftragsbücher ihren Laden schließen müssen.

Sie müssen Leute entlassen und sagen gleichzeitig dem Betriebsrat, wenn wir weiter produzieren wollen, dann ist das verbunden mit einer generellen

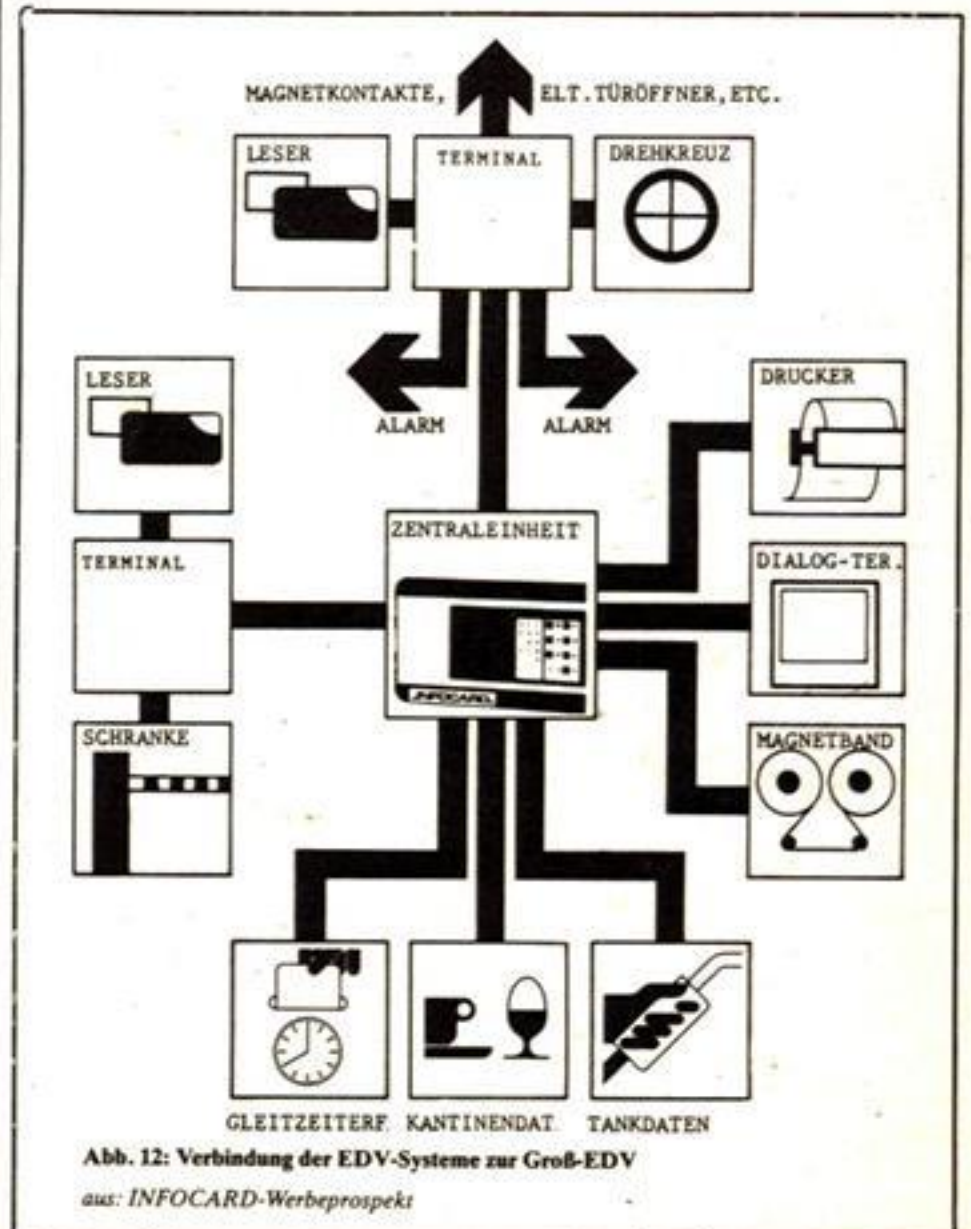
Zustimmung zu Überstunden und einem Verzicht auf die nächste Tarifierhöhung. Verursacher dieses Zustandes ist der schamlose Verdrängungskampf, die Verfügung einiger weniger Unternehmen über die bundesdeutschen Tiefdruckaufträge. Deshalb haben wir gesagt: Die Arbeitslosen von Broschek (Druckerei in Hamburg, d. Red.) sind auch die Arbeitslosen von Gruner + Jahr.

Jetzt komme ich aber konkret zur Auslagerungspolitik. Was wir hier feststellen, ist doch, daß permanent untersucht wird, wo man billiger produzieren kann als im eigenen Hause. Nicht nur die Kollegen oder die Kostenstellen im eigenen Hause werden zueinander in Konkurrenz gesetzt, sondern der ganze Markt bis nach Italien runter wird abgesucht, wo wir die Arbeit billiger bekommen. Und da kommt es auch schon vor, daß Aufträge bei Utesch landen. Bekanntlich ist der Herr Utesch nicht mehr im Arbeitgeberverband. Und der Herr Utesch zieht es zum Beispiel auch vor, mit Subunternehmern zu arbeiten, die die Texterfassung sehr „frauenfreundlich“ in die Haushalte auslagern, damit dann noch am Küchentisch neben dem Kleinkind der Text erfaßt werden kann. Das Entscheidende dabei ist, daß auf diese Weise die Texterfassung wesentlich billiger ist, als wenn sie hier ein Setzer macht, der einen Tarif von 120 Prozent hat. Und das ist genau Sinn und Zweck der Sache: Es „rechnet“ sich nicht, eine fortschrittliche Beschäftigungspolitik zu machen. Es ist auch keine Kollegenhilfe, so wie ausgelagert wird, nämlich zum Nulltarif. Es ist nur dann Kollegenhilfe, wenn zu tariflichen Bedingungen und zu vernünftigen Preisen ausgelagert wird — wenn man selber schon darauf verzichtet, mehr ausgebildete Fachkräfte der Druckereiindustrie einzustellen. Und hier ist auch unser elementares Interesse berührt. Die Arbeitsbedingungen derjenigen, die draußen stehen oder in Betrieben arbeiten, in denen die tariflichen Bedingungen nicht mehr eingehalten werden, wirken doch wieder auf die Arbeitsbedingungen bei Gruner + Jahr zurück. Was bekommt denn ein Setzer zu hören, wenn er seine längst fällige Studenlohnerrhöhung haben will? Dann heißt es: Wenn es Ihnen hier nicht gefällt, gehen Sie doch, bitte schön! woanders hin. Wir meinen, wer hier mit raffinierten Instrumenten sich ein System schafft, um nicht nur ganze Aufträge, sondern auch Teile von Aufträgen auszulagern und damit Tariffahrt in groß angelegtem Stil zu organisieren, der ist derjenige, der das Rad der

Geschichte zurückdreht.

Unter den Programmfunktionen ist eine, die sich Kapazitätsanforderungsprognose nennt. Dahinter verbirgt sich folgendes: Für ein ausgewähltes Objekt (Heft oder Produkt) kann zum Beispiel eingegeben werden, zu wieviel Prozent der jeweilige Arbeitsgang ausgelagert werden soll. Das geht ruckzuck, sozusagen als Planspiel im Sandkasten. Man hat als Ergebnis, wieviel Prozent der Aufträge unter Berücksichtigung der vorhandenen Kapazität ausgelagert werden können. Das elektronische System „verwaltet“

dann unter Berücksichtigung des noch vorhandenen Personals die Erledigung der restlichen Aufträge. Personal, das hier ausscheidet, wird ja bekanntlich nicht mehr ersetzt. Wenn einer meint, Aufträge oder Teilaufträge billiger in Vorher von den Großkonzernen wirtschaftliche ruinierten Klein- und Mittelbetrieben ausführen zu lassen, der kann nicht darauf hoffen, daß eine solche Planung die Unterstützung von der Arbeitnehmerseite finden wird. Das sind total entgegengesetzte Interessen. Von uns aus gibt es kein Ja zu solchen Techniken.



PIS-Anfrage-Beispiele:

- Welche Sachbearbeiter bearbeiteten im letzten Monat unterdurchschnittlich viele Vorgänge?
- Welche Mitarbeiter hatten im letzten Quartal mehr als zehn Fehlzeiten?
- Welche Mitarbeiter telefonierten im letzten Monat überdurchschnittlich viel privat?
- Gleitzeitverhalten: Welcher Mitarbeiter überzieht häufig sein Gleitzeitkonto?

Oben ein Schaubild, das aufzeigt, wie Daten von der elektronischen Torkontrolle, vom Kantinenessen, vom Tanken in die Zentraleinheit des Personalinformationssystems fließen. Darunter ein Beispiel für die Überwachung von Arbeitern und Angestellten.

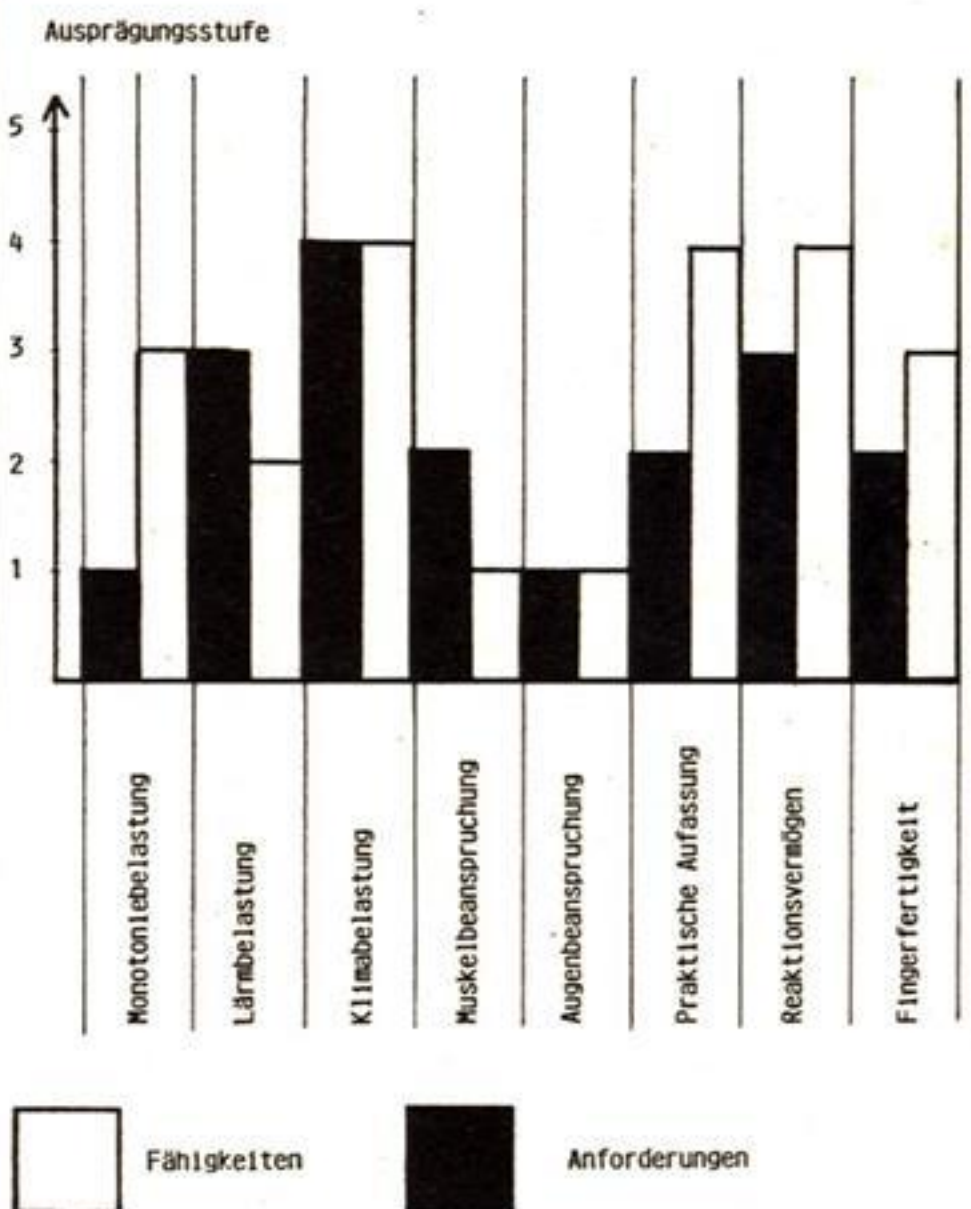


Abb. 9: PIS-Funktionen - Beispiel: Profilvergleich

Eine der gefürchteten Funktionen der Personalinformationssysteme ist der Profilvergleich. Mit den für eine Arbeit als notwendig angegebenen Fähigkeiten werden die Daten der Arbeiter abgeglichen. Ausgespart wird dann derjenige, dessen Profil dem vorgegebenen am meisten entspricht. Das eröffnet Möglichkeiten, aus jedem das Maximale herauszuholen, bzw. die herauszufiltern, bei denen nicht mehr viel drin ist.

Frauen in die Bundeswehr Wir sagen nein

Im Zuge der NATO-Herbstmanöver, quasi als kleine Zugabe der in der BRD lange schwelenden Diskussion, weibliche US-Soldaten. Wie kann es anders sein, schenkt man unseren Presseverlautbarungen Glauben — sie fühlen sich wohl und anerkannt in der US-Armee.

Seit Anfang der 60er Jahre wird in der BRD darüber spekuliert und diskutiert, ob Frauen zum Dienst in der Bundeswehr — verpflichtet oder freiwillig — herangezogen werden sollen. Neuester Stand laut Minister Wörner: zur Zeit ist nicht an eine Deckung des Wehrpflichtigkeitsdefizits durch weibliche Soldaten gedacht. Damit ist die Sache mal wieder ein bißchen aus der direkten Schußlinie aber nicht vom Tisch.

Seit 1975 gibt es bei der Bundeswehr weibliche Stabsärzte (Änderung des § 1 Soldatengesetz; Frauen dürfen als Sanitäts-offiziere freiwillig Dienst leisten). 1982 forderte Apel (damals Minister für Verteidigung) die Verstärkung der Bundeswehr durch 25000 freiwillige weibliche Soldaten — Termin 1987/1990, da noch rechtliche Fragen zu klären seien. Zu diesem Zeitpunkt gibt es bereits 48000 Frauen als zivile Mitarbeiterinnen bei der Bundeswehr.

Widerstand gegen die immer wieder geäußerten Pläne, mal direkt durch das Bundesverteidigungsministerium, mal durch den Bundeswehrverband, gibt es in Teilen der Frauenbewegung seit Ende der 70er Jahre. Doch es gibt auch Befürworterinnen.

Auseinandersetzungen gab es auch unter den im DGB organisierten Frauen. Erst auf dem letzten DGB-Bundeskongress wurde dann ein Antrag verabschiedet, der sich gegen Frauen in der Bundeswehr, egal ob dienstverpflichtet oder auf freiwilliger Basis, ausspricht.

„Frauen in die Bundeswehr — wir sagen nein“ ist das Motto unter dem in und außerhalb der Gewerkschaften Frauen demonstriert haben, Unterschriften sammeln, Verweigerungsaktionen durchführen.

Inhaltlich wird die Ablehnung hauptsächlich so begründet:

- Personallücke in der Bundeswehr soll nicht durch Lückenbüßer Frauen gefüllt werden;

- Frauen sind schon Reservearmee in der Industrie und sollen nicht noch Reserve für die Armee sein;

- Frauen leisten durch Aufziehen der Kinder schon ihren besonderen Beitrag zur Gesellschaft;

- freiwilliger Dienst ist der Vorbote zur allgemeinen Wehrpflicht für Frauen;

USA zeigen. Wie im Erwerbsleben sind die Frauen in der US-Armee in den untersten Besoldungsstufen zu finden, ist die innermilitärische Geringschätzung der weiblichen Soldaten an der Tagesordnung. Konkreter Ausdruck ist die Brutalisierung des Geschlechtsverhältnisses, ist die Zunahme von Vergewaltigungen in der US-Armee. Da ist es wohl nichts mit der Humanisierung des Militärs durch Frauen, wie es sich einige Befürworter vorstellen.

Die Armeen der imperialistischen Länder dienen nur einem Herrn — dem Monopolkapital. Nicht zur Befreiung der Völker, zur Unterjochung derselben werden sie eingesetzt. In einer solchen Armee — und das ist die Bundeswehr — kann es keine Gleichberechtigung der Frauen geben, nur Unterdrückung — doppelte Unterdrückung wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch. Die Fernsehdokumentation über die Grundausbildung von Frauen in der US-



- Frauen sollen den Dienst an der Waffe verweigern;
- Frauen in der Bundeswehr führen zur weiteren Militarisation der Gesellschaft.

Auch wir sagen nein

zu Frauen in dieser Bundeswehr. Wir unterstützen den Kampf der Frauen und führen ihn mit. Natürlich ist die Bundeswehr keine Institution, in der die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht wird. Eine Armee, in der der einfache Soldat ein Nichts ist, die auf blindem Gehorsam und Drill aufgebaut ist, soll nun das erreichen, was im „normalen“ Leben nicht verwirklicht ist, soll die Diskriminierung der Frauen aufheben? Das Gegenteil wird der Fall sein, wie jüngste Untersuchungen aus den

Es kommt auf den Charakter der Armee an

Wir Kommunistinnen sind nicht prinzipiell gegen den Gebrauch von Waffen durch Frauen. Das unterscheidet uns grundsätzlich von vielen pazifistisch beeinflussten Mitkämpferinnen. Frauen haben gegen den Hitlerfaschismus gekämpft; in der Roten Armee, im Partisanenkampf in ganz Europa. Frauen nahmen teil an den Befreiungskämpfen nach dem zweiten Weltkrieg, ob in Vietnam, Südafrika, Nicaragua, El Salvador. Frauen standen in der französischen Revolution auf den Barrikaden und Frauen werden auch bei uns für ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch kämpfen müssen.

Armee, die in der vorletzten Woche vom ZDF gesendet wurde, hat dies sicher anschaulich verdeutlicht.

Anfang der fünfziger Jahre haben KPD und FDJ gegen die Gründung der Bundeswehr und Militarisation in der BRD gekämpft. Wir Frauen stehen in der Tradition dieses Kampfes, weil es tatsächlich eine weitere Militarisation des Staates bedeutet, wenn Frauen in die imperialistischen Armeen und Kriegsvorbereitungen einberufen werden. Das hat die Vergangenheit zur Genüge bewiesen. Deshalb sagen wir Nein!

Keine Frauen in die Bundeswehr — weder Wehrpflicht noch freiwilliger Dienst.

Deshalb unterstützen wir auch Verweigerungsaktionen von Frauen.

Mein Sohn is

Mein Sohn ist klein, zwei Jahre alt und ich, ich wollt nie, daß er mit Pistolen knallt.

Sein Brot ißt die Rinde runter, die läßt er stehen, zielt er und schießt.

Die Kinder spielen Feuerwehr und spielen Polizei und Liebespärchen, Hand in Hand und finden, weil sie Kind sind, nichts dabei Sie spielen Vater, Mutter, Kind und Ehekrach ist schön und spielen, weil sie Kinder sind auch Bombenwerfen, weil sie's sehn.

Mein Sohn, mein Sohn, ich wollt nie, daß du mit Gewehren spielst und neidisch auf Pistolen andrer Kinder schielst.

Die Kinder spiel'n Raketenflug und mit dem Panzer fahren und spielen auch Soldatenzug weil sie Soldaten sahn Die Kinder spielen Länderklaun und viele Namen nennen Die Kinder spielen alles das was sie von den Erwachsenen kennen.

Mein Sohn, m Es sind zu vie und viele Krie da braucht m So hoff ich, v Lernst du, ein Denn wenn m da traut sich Da wirst du in Die Knarre ni

Bettina Wege

Wir fordern alle RM-Leserinnen auf, die während der Aktionswochen gegen die Herbstmanöver geplanten Verweigerungsaktionen von Frauen — Keine Frau in die Bundeswehr — zu unterstützen.

Literaturhinweise
Frauen ans Gewehr, Renate Janßen, Pahl-Rugenstein
Mutterkreuz und Arbeitsdienst, Fischer Verlag
Frauen und Arbeit, Abt. Frauen beim DGB-Bundesvorstand, Heft Nr. 3/84

Spruch des Monats

Familienminister Geißler
WAZ: Was wäre die richtige Kinderrate?
Geißler: Wenn wir die Geburtenrate von 1970 hätten, also 800000 statt 500000, die wir zur Zeit haben.
WAZ: Wo bekämen wir die Lehrstellen her für diese Kinder?
Geißler: Die Sache wird sich in drei bis vier Jahren grundlegend ändern. Es kommen die geburtschwachen Jahrgänge.
Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) 12.7.1984

Zur Information Ein Üb

1. Weltkrieg

31. Juli 1914 ruft der Bund Deutscher Frauenvereine zu einem nationalen Frauendienst auf — nach Bekanntgabe der Mobilmachung 1.8.1914 Bildung der ersten Organisationen des Nationalen Frauendienstes in den Städten zur Unterstützung des Heldenmutes der Heere draußen.
30.8.1915 Frauen werden in kriegswichtigen Betrieben eingesetzt und stellen bis Ende des 1. Weltkrieges in den Betrieben der Rüstungsindustrie bis zu 90 Prozent der Belegschaft.
14.6.1917 Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte für den Dienst in der Etappe (Schreibstuben, Kraftwagenparks, Munitionsdepots, Aushebung von Bunkern direkt an der Front etc.).
28.6.1918 Erlass der obersten Heeresleitung zur Verwendung von weiblichem Personal in der Nachrichtenübermittlung. (Diese Frauen kamen im ersten Weltkrieg nicht mehr zum Einsatz).

2. Weltkrieg

1931 Gründung der „Reichsgemeinschaft für Deutsche Arbeitsdienstpflicht“.
29.7.1935 Reichsarbeitsdienstgesetz — Zusammenfassung in Arbeitslagern.
4.9.1939 Verordnung über die Durchführung der Reichsarbeitsdienstpflicht für die weibliche Jugend.
August 1941 Einsatz der weiblichen Jugend innerhalb des Reichsarbeitsdienstes wird auf direkte Kriegsdienstleistungen ausgeweitet — „Kriegshilfsdienst“, parallel dazu Anwachsen der weiblichen Beschäftigten in der Rüstungsindustrie.
21.1.1943 Verordnung an alle Frauen zwischen 17 und 45 sich für „Aufgaben der Reichsverteidigung“ zu melden.
12.8.1943 Luftwaffeneinsatz des Reichsarbeitsdienstes der weiblichen Jugend.
16.4.1945 Befehl zur Aufstellung eines Wehrmachthelferinnenkorps.

BRD

19.3.1956 Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. GG Art. 12, Abs. 3: „Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden. Zu einem Dienst mit der Waffe dürfen sie in keinem Fall verwendet werden.“
1960—24.6.1968 im Rahmen

Interview mit einer Kollegin aus Bremen über ihre Zeit beim Reichsarbeitsdienst (R.A.D.)

RM: Wann bist Du eingezogen worden?

Koll.: Im April 1943 wurde ich zum R.A.D. eingezogen. Da mußten wir die ersten vier Wochen Lagerarbeiten machen.

RM: Ihr wurdet also regelrecht kaserniert?

Koll.: Ja, da mußten wir erst mal alle anfallenden Haushaltsarbeiten machen bis zur Vereidigung.

RM: Standest Du da unter Fahnen?

Koll.: Ja, wir mußten da auf Volk, Führer und so die Treue schwören — den genauen Spuch weiß ich nicht mehr.

RM: Das heißt also, bei Desertion wärest Du vors Kriegsgericht gekommen?

Koll.: Ja sicher, da war man an die Wand gestellt worden.

RM: Warn auch Männer in dem Lager?

Koll.: Ja, die mußten Gräben ausheben und solche Arbeiten machen.

RM: Nach diesen vier Wochen, was kam dann?

Koll.: Wir kamen erst einmal zum Großbauern — also das waren, glaube ich, immer nur solche mit

viel Land, wo schon so viele Männer eingezogen waren. Ich glaub, die mußten was bezahlen, aber wahrscheinlich war das immer noch spottbillig für die!

RM: Was habt ihr da gemacht?
Koll.: Praktisch auch wieder alles, Feldarbeit, Gartenarbeit, Küchenarbeit, also eigentlich alles außer Melken und Bettenmachen (Bestimmung vom RAD).

RM: Dann bist Du zur Luftwaffe gekommen?

Koll.: Ja, das war aber auch unter Führung vom RAD; also wir wurden dann im Herbst '43 (so ca.) weiter dienstverpflichtet zum Militär. Da war ich dann beim Luftnachrichtendienst, Nachjagdstellung oder so ähnlich.

RM: Was mußtest Du da machen?
Koll.: Ich war in der Küchenverwaltung (Schreibarbeiten).

RM: Wieviel Männer und Frauen waren dort?

Koll.: Ca. 40 Soldaten und 100 Mädchen.

RM: Welche Funktionen haben Männer und Frauen ausgeübt?

Koll.: Die Männer hatten verschiedene Funktionen. Nachrichten-

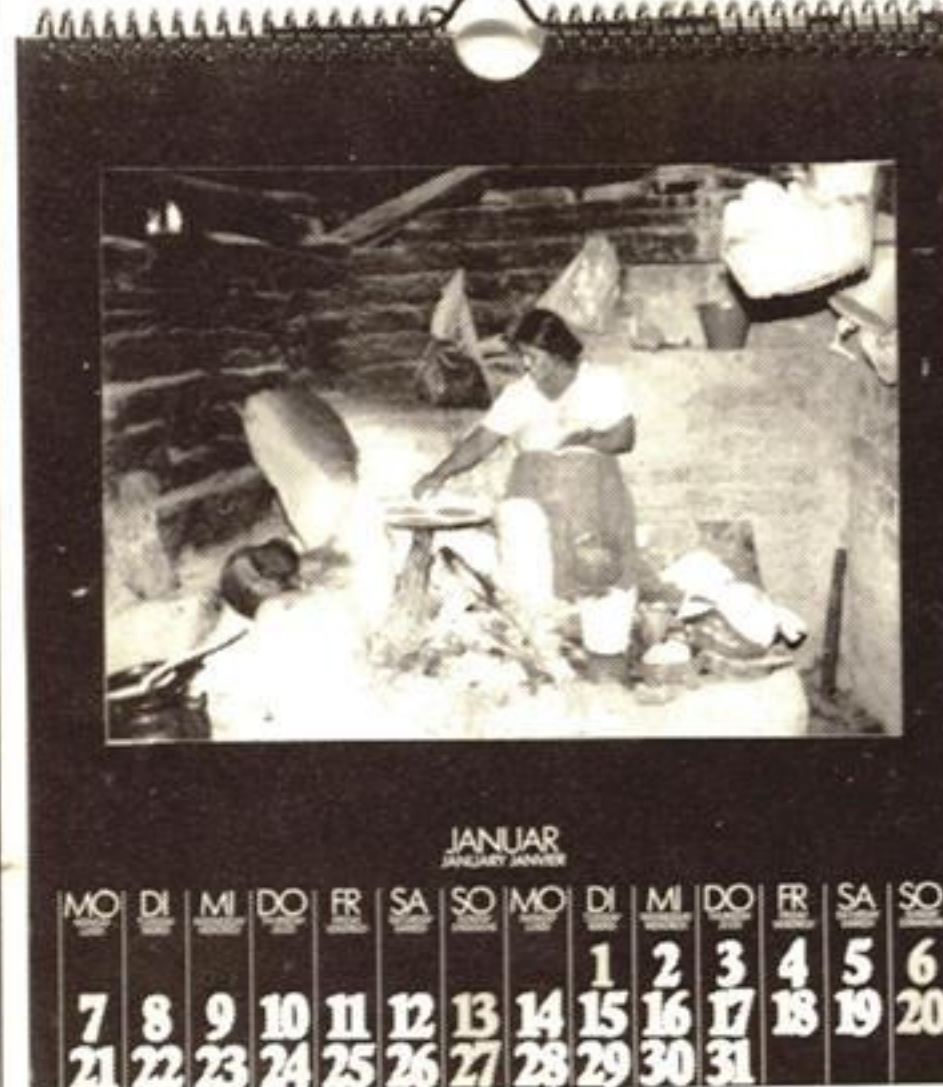
techniker, sie haben auch Mädchen zu Funkerinnen ausgebildet (damit die später die Funktionen übernehmen konnten, als der letzte Rest dann direkt an die Front mußte).

RM: Meinst Du, daß in dieser Zeit Frauen und Männer gleichberechtigt waren?

Koll.: Also nein, die Mädchen waren überall nur Helferinnen, Untergebene — z.B. auch in der Küche war der „Chef“ ein Mann — außer ganz zum Schluß als sie auch noch die Kranken an die Front geholt haben. Da haben sie ja dann auch Mädchen auf dem Beobachtungsturm zum Melden von Nachtgeschwadern (alle anderen mußten in den Bunker) eingesetzt, die mußten dann funkeln wieviel das waren, oder sie wurden an den Scheinwerfern eingesetzt.

RM: Also in Gefahr begeben durftet ihr euch ruhig?

Koll.: Wir durften uns wohl totschließen lassen, aber Waffen haben wir nicht in die Hände gekriegt. (Dies wurde unterschiedlich gehandhabt, es gab auch Fälle, wo die Frauen mit Maschinenpistolen ausgerüstet wurden — Red.).



Frauen in Lateinamerika — Fotokalender mit 12 farbigen Fotos — nicht gedruckt, sondern im Original eingeklebt. RM-Verlag, 20,— DM.

t klein

zwei Jahre alt
rum
und daß es knallt
Bumm Bumm

h Sohn, du hast wohl recht
Kriege noch
das ist schlecht
die Gewehre doch
dem Rauchen
wehr gebrauchen
schießen kann
mer ran
denn
mehr brauchen.



erblick

der Notstandsgesetzgebungs-
debatte immer wieder auch eine
Diskussion über die Einbezie-
hung der Frauen in die Bundes-
wehr.

1960 Kai Uwe von Hassel
wünscht sich Dienstverpflich-
tung der Bundeswehrzivilange-
stellten (über 1/4 Frauen).

1963 Bundesminister Höcherl
fordert eine Grundgesetzände-
rung, nach der auch Frauen zu
zivilen Dienstleistungen inner-
halb der Streitkräfte verpflichtet
werden können.

1964 Kai Uwe von Hassel fordert
eine allgemeine Dienstpflicht
für Frauen. 100.000 Frauen sol-
len verpflichtet werden — dafür
wäre eine Grundgesetzänderung
nötig gewesen.

Juni 1968 Notstandsgesetzge-
bung. Art. 12 GG wird geändert
jetzt 12a: „Kann im Verteidi-
gungsfall (...), sowie in ortsfes-
ten militärischen Lazarettorga-
nisationen nicht auf freiwilliger
Basis gedeckt (...) so können
Frauen vom vollendeten 18. bis
zum vollendeten 55. Lebensjahr
(...) zu derartigen Dienstlei-
stungen herangezogen werden.“
(Art. 12a Abs. 4)

9.7.1968 Arbeitssicherheits-
gesetz. In sogenannten Kri-
senzeiten können Zivilange-
stellte bei der Bundeswehr an
ihrem militärischen Arbeitsplatz
dienstverpflichtet werden.

3.8.1974 Bonn prüft, inwieweit
das Grundgesetz die Zulassung
von Frauen in der Bundeswehr
zuläßt (nach „Westfälische
Rundschau“).

21.9.1974 Verteidigungsmini-
ster Leber: Frauen in der Bun-
deswehr als Fluglotsen durch-
aus denkbar („Welt“).

Mai 1975 Änderung des Solda-
tengesetzes: Frauen können als
Zeit- und Berufssoldaten im sa-
nitären Bereich bei der Bundes-
wehr Dienst leisten.

1978 Hans Apel (Verteidigungs-
minister) kann sich sehr wohl ei-
nen Prozeß vorstellen, nachdem
Frauen in Zukunft Dienst in der
Bundeswehr leisten dürfen.

September 1978 Bundeswehr-
verband, Vorsitzender Oberst
Volland fordert die Einführung
der Gemeinschaftsdienst-
pflicht, die von jungen Männern
und Frauen gemeinsam abgelei-
stet werden soll.

1982 fordert Hans Apel die Ein-
beziehung von 25.000 Frauen zur
Überbrückung der geburten-
schwachen Jahrgänge — vor-
stellbar ab Ende der 80er Jahre.
Nach der Bonner Wende „über-
legt“ nun Verteidigungsminister
Wörner weiter. Letzte Äußerung
August 1984: (...) vorerst ein
Einsatz von Frauen nicht ge-
plant ist (...).

Aus Frankreich abgeschoben Neo-Nazi Kühnen endlich in Haft

Michael Kühnen, Chef der
inzwischen verbotenen „Ak-
tionsfront Nationaler Sozialis-
ten“ (ANS), ist aus Frankreich
abgeschoben worden und befin-
det sich jetzt in Köln in Haft.

Kühnen hatte sich im März
dieses Jahres über die Schweiz
nach Frankreich abgesetzt —
unter den Augen des Verfas-
sungsschutzes. Gerade recht-
zeitig, um der Vollstreckung
einer ursprünglich zur Bewäh-
rung ausgesetzten Gefängnis-
strafe von acht Monaten zu ent-
gehen.

Bis zu seiner Flucht ins Aus-
land hatte Kühnen nach dem
Verbot der ANS im Dezember
1983 weiter für die faschisti-
schen Ziele dieser Organisation
und für eine Reorganisation
militanter Neonazis gearbeitet.
Die Polizei hatte ihn in keinem
Fall daran gehindert. Von
Frankreich aus hatte Kühnen
weitergemacht.

Nach allem, was bisher ge-
schehen ist, bleibt abzuwarten,
ob Kühnen tatsächlich im Ge-
fängnis bleiben wird.

16jähriger von der Polizei erschossen

Am Morgen des 6.10.84 ist in
Niedersachsen ein 16jähriger
von der Polizei erschossen wor-
den. Der 16jährige war zu-
sammen mit einem 17jährigen
Kumpel aus der Strafanstalt
Göttingen geflohen. Die beiden
hatten versucht, sich mit einem
gestohlenen Auto abzusetzen.
Bei der Verfolgungsjagd durch
die Polizei wurde der 16jährige
getötet.

Von Ermittlungen gegen den
betreffenden Polizeibeamten ist
nichts bekannt. Wie sie aus-
gehen würden, falls es sie doch
gäbe, kann man sich ohne viel
Phantasie leicht vorstellen. Wie
immer nämlich — mit einem
Persilschein für den schieß-
wütigen Polizisten.

Noch ein Wort zu der
Tatsache, daß es sich diesmal
um einen strafgefangenen Ju-
gendlichen handelt, der zum
Opfer wurde. Was ist das für ein
Staat, der Kinder — nämlich
14jährige — und Jugendliche
einfach ins Gefängnis sperrt.
Zum Teil sogar, wie beispie-
lsweise in Bayern, in die alten,
besonders berüchtigten Zucht-
hausmauern. Und zwar nicht
als Ausnahme, sondern im
Regelfall. Vor Jahren, als sich
im Bochumer Gefängnis ein
14jähriger selbst tötete, gab es
zahlreiche Proteste. Änderun-
gen wurden versprochen. Aber
geschehen ist nichts. Und wenn
es welche nicht aushalten? Nun,
dafür hat man ja die Polizei —
siehe oben.

Protest gegen die Mißhandlung an Anne Holling

Zahlreiche Organisationen protestierten jetzt mit einer Erklä-
rung an die Bundesanwaltschaft und die Staatsanwaltschaft
beim Landgericht Essen gegen die unglaubliche Art und Weise,
mit der Anne Holling, im Gefängnis wegen ihrer Teilnahme an
der Krefelder Anti-Bush-Demonstration, mißhandelt worden ist.

Wir veröffentlichen im folgenden diese Erklärung und — da
ein bereits für September geplantes Interview mit einem Mit-
glied des Krefelder Ermittlungsausschusses leider bisher nicht
zustandegekommen ist — auch noch einmal Auszüge aus einer
Pressemitteilung über das, was in Essen und Bielefeld ge-
schah.

Erklärung

Die Tatsachen der beiliegenden
Presseerklärung der Freunde
der Anne Holling zugrunde-
legend, wenden wir uns auf das
Schärfste gegen derlei Ver-
fahrensweisen. Wir unterstüt-
zen den Strafantrag des Rechts-
anwaltes der Anne Holling, Dr.
Simon, wegen Beleidigung,
Körperverletzung und sexueller
Belästigung, ebenso die Dienst-
aufsichtsbeschwerde gegen den
Leiter der JVA Essen und die
Beamten des Rollkommandos.
Wir fordern unverzügliche
Bearbeitung.

Das Vorgehen gegen Anne
Holling zeigt, daß Methoden,
die schon seit Jahren gegen Ge-
fangene aus der RAF ange-
wandt werden, immer mehr
auch auf Gefangene aus
anderen politischen Bewegun-
gen ausgedehnt werden. Der
Gutachter im Prozeß gegen A.
Baader u.a., Prof. W. Rasch,
hat schon 1977 zur Isolations-
haft erklärt:

„Nachdem erkannt und an-
erkannt ist, daß die Bedingun-
gen strenger Isolation geeignet
sind, Schäden zu setzen, die das
normale oder für unvermeidlich
erachtete Maß übersteigen,
sollten alle Anstrengungen
gemacht werden, die Haft-
bedingungen der politisch
motivierten Gefangenen grund-

legend zu ändern.“

Die menschenverachtende
Wirkung der Isolationshaft in
den Hochsicherheitstrakten, die
jetzt auch an A. Holling prakti-
ziert wird, ist also den damit be-
faßten Behörden bestens be-
kannt. Es drängt sich der Ein-
druck auf, daß hier die politi-
schen Gefangenen vor die
Alternative gestellt werden
sollen, entweder ihre politische
Identität aufzugeben oder
zugrunde gerichtet zu werden.
18 Tote seit 1971 sprechen für
sich. Um als Menschen, als poli-
tische Individuen überleben zu
können, stellen die Gefangenen
die Forderung nach Zu-
sammenlegung in Gruppen
unter Einhaltung völkerrechtli-
cher Mindestgarantien auf.

Pressemitteilung

Am 31. August um 10 vor 6 Uhr
morgens wurde Anne Holling,
Gefangene aus dem Wider-
stand, inhaftiert wegen der
Anti-Bush-Demo 25.6.83 in
Krefeld, von Bediensteten der
JVA Essen in ihrer Zelle ge-
weckt. Sie forderten sie auf, sich
für den Transport in die Straf-
haft nach Brackwede (Bielefeld)
bereit zu machen, was Anne ab-
lehnte. Zu diesem Zeitpunkt
waren die Gefangenen, die an
solchen Tagen ihre Arbeiten auf
dem Flur verrichteten in ihren

„Alles weitere durch Lutz“ Polizeiagent in Bremer Friedensbewegung

Ende September erklärte der Bremer Innensenator öffentlich,
daß es in Bremen keine verdeckt arbeitenden Polizeiagenten
und keinerlei Bespitzelung von Initiativen und politischen
Gruppen gäbe. Eine Woche später bewiesen die Bremer Grünen
und die Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei“ das Gegen-
teil.

Es geht um einen 24jährigen
Mann, der sich selbst als
„arbeitsloser Jurastudent“ be-
zeichnet und bis zu seiner Ent-
tarnung im Bremer „Komitee
gegen Bombenzüge“ und der
Gruppe „Krieg dem Krieg“ tätig
war.

Klaus-Dieter H. war Mitte
1979 nach Bremen gekommen,
um bei der Bereitschaftspolizei
eine Ausbildung zu absolvieren.
Die war im Juni 1982 abge-
schlossen. Anschließend erhielt
er eine mehrwöchige Aus-
bildung beim Verfassungsschutz
in Westberlin. Den Kontakt
regelte das 15. Kommissariat
(politische Gewalttäter) für den
kommenden Spitzel — schrift-
lich: „Ab 8.33 Bremen Hbf über
Hannover, Ankunft Berlin
13.51 oder 14.07 Uhr. In
Bremen Weser-Kurier kaufen.
Berlin Bahnhof Zoo aussteigen.
Auf dem Bahnsteig warten, bis
Leute aus dem Zug verschwun-
den sind. Weser-Kurier lesen.
Warten, bis ein Lutz Sie an-
spricht. Alles weitere durch
Lutz.“

Anfang Oktober 1982 tauchte
Klaus-Dieter H. wieder in
Bremen auf — als arbeitsloser
Studienbewerber. Für einen ar-
beitslosen Studienbewerber ging
es H. allerdings nicht schlecht —
neues Motorrad, neues Auto,
neue Wohnungseinrichtung ...

Des Rätsels Lösung: H. stu-
dierte zwar seit 1983 an der

Zellen eingeschlossen geblieben.
Wenige Minuten später drangen
15 Männer und mindestens ein
Typ und eine Frau vom LKA in
die Zelle ein.

Einer dieser Männer
schnappte sich einen Stuhl.
Anne war noch nackt und stand
mit dem Rücken zur Zellen-
wand. Sie konnte den Stuhl ab-
wehren, wurde jedoch von dem
Rollkommando aufs Bett ge-
schmissen, dabei mehrmals
gewürgt und geschlagen, ge-
preßt und an den Haaren ge-
zogen. Ihr wurden Fußschel-
len angelegt und ihre Hände in
Handschnellen auf dem Rücken
gefesselt. Um ihre Schmerzen zu
unterdrücken und dem was ent-
gegen zu setzen, rief sie Paro-
len. Die Männer würgten sie und
hielten ihr den Mund zu, so daß
sie keine Luft mehr bekam. Die
Arme verdreht auf dem Rücken,
wurde sie daran hochgerissen
und nackt über den Flur, die
Treppe herunter, in eine
Bunkerzelle geschleift. Dort
warfen sie ihr eine Decke über
ihren Körper, die, bedingt durch
weitere körperliche Angriffe,
irgendwo auf dem Boden
landete.

In diesem Zustand, nackt,
an Armen und Füßen gefesselt,
wobei sie sich einige Verlet-
zungen zugezogen hatte, ver-
brachte Anne drei Stunden.
Danach wurde Anne unter
schmerzhaften Griffen zu einem
Gefangenentransporter ge-
schleift, in Begleitung des Roll-
kommandos und einer ganzen
Knastgarde, die Spalier stand.
Denjenigen, die aus Feigheit
wegschauten, unter anderem
der Sicherheitsinspektor des
Knastes Walich, schrie Anne
entgegen, sie sollen sie an-
gucken.

Der Gefangenentransporter
war in einem Extra-Hof dicht an
die Knastmauer und Tür heran-
gefahren worden, um zu
vermeiden, daß die anderen
Gefangenen die Mißhandlungen

Bremer Uni Jura, bezog aber
gleichzeitig (bis März 1984) sein
Gehalt als Beamter der Schutz-
und Kriminalpolizei von der Se-
natskommission für Personal-
wesen.

Und was sagt Innensenator
Kröning nun, nachdem er
wenige Tage vorher beteuert
hatte, daß es keinerlei politisch
motiviertes Spitzelwesen in
Bremen gäbe? Wir zitieren dazu
den „Weser-Kurier“. Was dort
steht, spricht für sich, meinen
wir.

„Innensenator Volker Krö-
ning wies die Vorwürfe gestern
mit Entschiedenheit zurück.
Kurz nach seinem Amtsantritt
— im November vergangenen
Jahres — habe er die Tätigkeit
des 24jährigen Studenten für die
Polizei unterbunden. Gleich-
wohl räumte Kröning ein, daß
H. noch immer von Bremen be-
schäftigt werde. Er sei auf dem
Gebiet des Terrorismus und Ex-
tremismus tätig ...

Kröning will sich auch mit
aller Energie dagegen zur Wehr
setzen, daß ein Keil zwischen ihm
und die Friedensbewegung ge-
schlagen werde. Die Friedens-
bewegung, so der Innensenator,
müsse klarstellen ob „KGB“
(Komitee gegen Bomben-
züge — RM) und „KDK“ (Krieg
dem Krieg — RM) integrale Be-
standteile von ihr seien.“ (WK
v. 5.10.84)

und Anne nackt sahen. Anne
wurde, weil sie aufgrund der
Fußfessel nicht in den Ge-
fangenentransporter einsteigen
konnte, hineingestoßen und
brutal gewürgt, um zu verhin-
dern, daß auch nur ein Laut von
ihr zu den anderen Gefangenen
durchdrang. Dabei wurde ihr
gesagt, sie brauche gar nicht
glauben, daß sie hinterher sagen
könne, daß sie gewürgt worden
sei, man sehe es sowieso nicht.
In dem Transporter wurde sie in
eine Zelle gesperrt und ihre
Arme an den Stuhl gefesselt.
Nackt wurde sie, ohne weitere
Gefangene, in dem großen
Transporter vier Stunden lang
nach Brackwede gefahren. Dort
angekommen waren die Gefan-
genen alle eigens in ihre Zellen
geschlossen worden. Auf For-
derung von Anne, sich anklei-
den zu können, wurde ihr ein
Mantel über ihren Körper ge-
schmissen. Bis zu ihrer Zelle
wurde sie noch gefesselt von
einem Rollkommando begleitet.
Dort ist sie jetzt in einer
Sicherheitszelle mit Fliegen-
gitter vor dem Fenster und Sen-
sortasten. Ihre Zelle befindet
sich in der Nähe der Zellen von
Ingrid Jackobsmeier und Bar-
bara Ernst (Gefangene aus der
RAF), von denen sie jedoch
nichts mitkriegt aufgrund der
akustischen Isolierung. Ihr
wurde mit dem Rollkommando
gedroht, falls sie versuche, den
beiden beim Hofgang zuzuru-
fen. Anne hat sichtbare Prellun-
gen und Blutergüsse an ihren
Armen und Füßen. Diese
Foltermethoden sind zum einen
gegen Anne als Frau gerichtet,
zum anderen direkt gegen
Annes politische Identität. Sie
sind entwürdigend, entrechtli-
chend, erniedrigend.

Man kennt die Bilder aus
den KZ's der Nazis, wo
SS-Männer in Uniform nackte
Frauen bewachen, man weiß aus
Berichten von Gefangenen, die
lebend aus den Folterkammern

Bundesweite Anti-NATO- Initiative gespalten

Auf der Vollversammlung der Anti-
NATO-Initiative am 6.10. in Mün-
ster kam es zur Spaltung der Initia-
tive durch die Vertreter der Mehr-
heitsströmung (v.a. KB-Umfeld)
anhand der Frage, welche Stellung
die Initiative zur Militärpolitik des
Warschauer Paktes einnehmen soll-
te.

Vorausgegangen waren Wider-
sprüche bei der Erstellung einer
Zeitung der Initiative für den dies-
jährigen Friedensherbst. Die Wi-
dersprüche hatte sich daran ent-
zündet, daß die Vertreter der Mehr-
heitsströmung in dieser Zeitung
festschreiben wollten, daß die welt-
weite Kriegsgefahr ausschließlich
von der NATO ausgeht, und damit
den bisherigen Konsens der Initia-
tive verließen.

Bisher war Grundlage des Anti-
NATO-Bündnisses: „Unsere Arbeit
richtet sich somit einseitig gegen
das Hauptinstrument des Imperia-
lismus, die NATO, aber auch gegen
alle imperialistischen Kriege. (...) Wir
vertreten diese Einseitigkeit
trotz unterschiedlicher Einschät-
zungen der SU.“

Damit war kein Mensch legiti-
miert, in Veröffentlichungen der In-
itiative festzuschreiben, daß die So-
wjetunion eine reine Defensivmacht
ist, deren Militärpolitik allein Reak-
tion auf die Vorrüstung der NATO
ist.

In einem konsensfähigen Sinne
konnte die in der Plattform der In-
itiative festgelegte Einseitigkeit
des Kampfes gegen die NATO nur
so verstanden werden:

1. Wir kämpfen einseitig für den
Austritt der BRD aus der NATO,
weil der Feind im eigenen Lande
steht. Unser Beitrag zur Friedenssi-
cherung ist der Kampf gegen die ei-
gene Bourgeoisie.

2. Die Alternative zur Einseitig-
keit gegen die NATO wäre ein
gleichgewichtiges Vorgehen gegen
NATO und Warschauer Pakt, gegen
die Rüstung in aller Welt. Dies ist
aber überhaupt kein antimilitaristi-
sches Vorgehen, sondern eine kon-
servative pazifistische Formel, die
im Massenbewußtsein zu einer Ak-
zeptierung der Kriegsvorbereitung
im eigenen Land führt, weil die an-
dere Seite ja auch nicht abrüstet
usw.

Diese Festlegung von Einseitig-
keit verließen die Vertreter der Mehr-
heitsströmung bei der Zeitungser-
stellung und schließlich auch bei
der Neufestlegung der Initiativen-
Plattform auf dem Münsteraner
Treffen.

Sie definierten die Einseitigkeit
des Kampfes gegen die NATO so:
Die weltweite Kriegsgefahr ist aus-
schließlich in imperialistischen In-
teressen und Bestrebungen der
NATO begründet. Geschäftsgrund-
lage der Initiative ist, daß es kei-
nerlei reale Bedrohung Westeuropas
durch den Warschauer Pakt gibt.
Dieser Bevölkerung klarzumachen
ist der Hauptweg, um eine breite
Bewegung zum NATO-Austritt ins
Leben zu rufen.

Die Aggressivität der Sowjet-
union ist — trotz der Kampagnen
der Revanchisten und der Springer-
Presse hierzulande — keine erfun-
dene, sondern eine real existieren-
de und eben deshalb auch im Mas-
senbewußtsein registrierte. Die SU
betreibt seit vielen Jahren eine Poli-
tik des „Gleichgewichts des
Schreckens“ und sichert ihre Ein-
flußgebiete (z.B. CSSR/Afghani-
stan) mit aggressiven militärischen
Aktionen. Eine erfolgreiche Politik
gegen die NATO ist für uns nicht vor-
stellbar, die ausdrücklich diese Tat-
sachen leugnet.

Deshalb haben wir auch wegen
der mangelnden Integrationskraft
die in Münster formulierte Platt-
form abgelehnt.

Die KPD gehört also nicht mehr
zum Trägerkreis der Initiative. Wir
werden aber weiterhin als Beobach-
ter an der Arbeit der Initiative teil-
nehmen.

Freunde von Anne

Annes Adresse:
Anne Holling
JVA Brackwede I
Umlostr. 100
4800 Bielefeld 14

schickt Protestbriefe an
die Bundesanwaltschaft
Herrenstr. 45 a
7500 Karlsruhe

Halbzeit

Eindrücke von den ersten Stationen des Marsches sollen die Zeilen und Bilder auf dieser Seite vermitteln. Dabei dreht es sich, entsprechend dem Eingang von Bildern und Berichten bei uns, vor allem um die Nordsäule des Marsches. Ausführlichere Berichte, Interviews, Bilanzen usw. werden wir im nächsten RM veröffentlichen.

Hamburg

Am Vormittag des 1. Oktober fanden bereits Aktionen in der Ausländerbehörde statt, an denen sich zahlreiche Ausländer und Deutsche beteiligten und bei denen einige Zugeständnisse in Fragen des Aufenthaltsrechts erwirkt werden konnten. Am Nachmittag gab es dann die bisher größte Demonstration im Rahmen des Marsches: Etwa 1500 Menschen beteiligten sich daran! Eine gelungene Veranstaltung in der „Fabrik“, die abends nochmals von etwa 600 Leuten besucht wurde, schloß diesen rundum besonders gelungenen Tag ab.

Lüneburg

Der Empfang in Lüneburg zählte sicher zu den positiven Überraschungen des Marsches: An der Demonstration, der sich eine Kundgebung anschloß, beteiligten sich ungefähr 300 Menschen — und das wiegt hier natürlich mehr als in den großen Städten. Auch die Reaktionen der Bevölkerung waren überwiegend sehr positiv. Der Lüneburger Arbeitskreis „Ausländer und Deutsche — Gleiche Rechte“ übergab den Marschierern eine Dokumentation zu Fällen von Ausländerfeindlichkeit in der Stadt. Den örtlichen Marschauftrag hatten 120 Einzelpersonen und Organisationen unterzeichnet.

Detmold

An der Bremer Demonstration beteiligten sich leider nur etwa 150 Menschen. Auf der Abendveranstaltung sprachen neben anderen ein Betriebsrat von Klöckner, ein Arzt vom Gesundheitstag, ein Mitglied der US-Friedensbewegung. Der DGB/Bremen erklärte in einem Brief, daß er den Marsch und die Ziele des Frankfurter Appells unterstützt. Am nächsten Morgen fand ein Empfang bei Jugendsektor Henning Scherf statt, dem eine ausführliche Dokumentation übergeben wurde.

Bremen

„Auf dem Nährboden ‚Arbeitslosigkeit‘ wachsen Aggressionen heran, die in dem Ruf ‚Ausländer raus‘ und sogar in Anschlägen enden. Wir müssen dafür sorgen, daß Ausländer keine Ware werden, die man hin- und herschieben kann.“ Das erklärte der DGB-Kreisvorsitzende Klaus-Peter Henning beim Marschempfang in Detmold. Auf Demonstration und Kundgebung folgte abends noch eine Informations- und Diskussionsveranstaltung, in deren Verlauf der Film „Angst — Isolation — Ausweisung“ gezeigt wurde.

Bielefeld

„Diese Republik stinkt vor Geld, mit dem sich Arbeit und Leben aller bezahlen ließe.“ — Diese Worte hielt DGB-Sekretär Jürgen Frodermann auf dem Marschempfang in Bielefeld der Behauptung entgegen, die Ausländer belasteten unser Sozialsystem. Mit unter denen, die den Marsch empfingen, war in Bielefeld auch Oberbürgermeister Schwickert. Etwa 300 Menschen beteiligten sich in Bielefeld an einer Demonstration durch die Innenstadt, abends gab es noch eine Kulturveranstaltung.



Der Marsch rollt...



Der Südzug des Marsches vor dem Sammellager Zimdorf



Auch Spaß und Unterhaltung gehören dazu...



Unterstützung aus den Betrieben für den Marsch gab es nicht nur von den Klöckner-Kollegen in Bremen



Mit dabei Genossen der KPD

Die erste Woche ist rum. Sicher zu früh, um schon irgendeine Bilanz über den Marsch zu ziehen. Aber für einige Anmerkungen reicht es doch schon.

An den Orten geht es voran

„Den örtlichen Initiativen hat das wohl überall was gebracht. In den meisten Städten wird sich das für die weitere Arbeit auf jeden Fall als positiv erweisen.“ — Mit diesen Worten faßte ein Genosse, der den Marsch von Norden mitmacht, seine Eindrücke aus den ersten Tagen zusammen, als es um die Frage ging: Bringt er denn nun was, der Marsch?

Halbzeit-Notizen

Und in der Tat: Im Rahmen der, realistisch gesehen, doch noch sehr jungen Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit bzw. dem Bemühen, eine wirkliche Bewegung dagegen bundesweit zustandezubringen, hat es noch keine Aktion mit solcher Breiten- und Tiefenwirkung gegeben. Überall, wo örtliche Bündnisse den Marschempfang und eigene Aktivitäten in diesem Zusammenhang vorbereitet haben, war eine wochen-, ja monatelange gemeinsame Arbeit notwendig, die die Beteiligten einander nähergebracht hat. Darin liegt ein Wert, der durch zum Teil nicht zufriedenstellende Beteiligung an örtlichen Demonstrationen (wobei oft das schlechte Wetter auch eine wesentliche Rolle spielte) nicht zerstört wird. Wo es Unzufriedenheiten gibt, besteht dennoch kein Grund, in Nörgelei zu verfallen — es gilt vielmehr, das gemeinsam Geschaffene zu bewahren und auszubauen. Und der erste Überblick über die Aktionen der ersten Woche zeigt uns gute, oft begeisternde Aktivitäten im Rahmen der örtlichen Programme, zeigt uns politische Manifestationen, die eine gewachsene Klarheit über politische Absichten und gesellschaftliche Hintergründe dokumentierten, eine gewachsene Bereitschaft zum Widerstand und eine Kraft, diesen Widerstand zu tragen, die ebenfalls gewachsen ist, die nicht zuletzt größere gewerkschaftliche Kreise einbezieht (auch wenn es gerade hier noch viele Probleme gibt).

Unterzeichner und Unterstützer

Hier schließt sich logischerweise die Bemerkung an, daß diese Kraft noch immer nicht ausreicht, und daß auch die Einheit immer noch nicht stark genug ist. Das ist auch gar nicht zu erwarten, nur: Diese Kraft könnte heute schon bereits größer sein. Zum Beispiel dann, wenn mehr von denen, die sich solidarisch mit dem Marscher erklärt und ihre Unterschrift unter den Aufruf gesetzt haben, sich auch an der praktischen Vorbereitung beteiligt hätten. Das soll keine „Anmache“ gegen die werden, für die tatsächlich schon die Solidaritätserklärung ein Schritt voran ist, die mit einer solchen Demonstration, ihrem

„guten Namen“, bereits den Einfluß des Aufrufes vergrößern helfen. Kritik ist an den erfahrenen politischen Organisationen angebracht, die den Anspruch erheben, besonders fortschrittlich und aktiv zu sein. — Einige Beispiele:

Wenn man in diesen Tagen die UZ — Zeitung der DKP — liest, könnte man meinen, die DKP sei voll dabei beim Marsch. Im wesentlichen ist das nur „heiße Luft“. In der Vorbereitung in den meisten Orten — auch dort, wo ihre Kräfte besonders stark sind, z. B. in Dortmund — suchte man die DKP, die SDAJ usw. vergeblich. Zum Teil tauchten sie mit ihren Fahnen bei örtlichen Kundgebungen auf, zum Teil ließ sie auch die ganz unbeachtet. Das ist eine Politik, die dem Ernst der Angelegenheit nicht gerecht wird und den Verdacht nährt, daß es den Führern dieser Partei nur auf Machtpolitik und ein gutes Image ankommt.

Die Grünen. Nach einer Woche Marsch hat sich der Bundesvorstand der Grünen noch immer nicht zu einer Unterstützung dieser Aktion durchringen können (örtlich gibt es durchaus gute Zusammenarbeit). Im Moment heißt es, der Vorstand würde erneut darüber beraten — hoffen wir, daß er seine bisherige Haltung aufgibt, für die es keinerlei sachliche Gründe gibt, sofern man davon ausgeht, daß auch die Bundes-Grünen an einer Widerstandsbewegung gegen Zimmermanns Pläne (unabhängig von parteitaktischen Erwägungen) interessiert sind. Das könnte auch einiges dazu beitragen, die überregionale Resonanz der Medien auf den Marsch zu verbessern.

Dortmund

Manches von der umfangreichen Vorbereitungsarbeit Dortmunder Initiativen schlug sich in der zahlenmäßigen Bilanz des 6. Oktober nicht nieder; der Niederschlag kam von oben: Gut eine Stunde öffnete der vorher bereits unfreundliche Himmel seine Schleusen und hielt wohl viele, die sich sonst dem Marsch vom Nordmarkt zum Alten Markt in der Dortmunder Innenstadt angeschlossen hätten, vom Verlassen ihrer warmen Behausung ab. So waren es nur 250–300 Unentwegte, die um 13.00 Uhr mit nassen Füßen auf dem Kundgebungsplatz eintrafen, und auch hier suchte sich ein großer Teil erstmal sichere Unterstände: Der Beginn des Festprogramms war genauso verregnet wie der Marsch...

Dabei hatte das Programm einiges zu bieten, und die, die blieben, oder im Verlaufe des Nachmittags dazukamen, (das waren schon einige!), haben es nicht bereut: Die bekannte Schauspielerin und Sängerin Renan Demirkan mit ihrem Ensemble, die Gruppen „Schöne Bescherung“ und „Die Stahlkocher“, ein Musiker der deutsch-portugiesischen Gruppe „Girandola“, eine Sängerin der Dortmunder Frauengruppe, Tanz- und Musikgruppen verschiedener Nationalitäten ließen doch Stimmung aufkommen, und als zwischendurch die Sonne hervorkam, wurde ausgiebig getanzt, besonders beim Musik-

beitrag der Griechischen Gemeinde.

Im Rahmen des vierstündigen Programms kamen auch verschiedene Redner zu Wort, unter ihnen Klaus Lewandowski, IG-Metall-Betriebsrat von Hoesch-Westfalenhütte und Selahattin Yildirim für die DGB-Jugend Dortmund. Im Mittelpunkt stand hier die Feststellung — die anhand der Dortmunder Erfahrungen untermauert werden konnte —, daß Ausländerhetze und Ausländerverdrängung nicht zum Nutzen der deutschen Arbeiter, sondern zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft sind: Sie schaffen keine neuen Arbeitsplätze oder halten auch nur den Abbau auf, aber die ausländischen Kolleginnen und Kollegen fehlen uns im Kampf um die gemeinsamen Interessen. Die Vorhaben Zimmermanns, die Ausländerpolitik der Regierung und viele Aspekte der Ausländerpolitik in der SPD-regierten Stadt Dortmund sind zu tiefst unmenschlich.

Verschiedentlich wurde auch auf die zur Zeit publizierten Meldungen eingegangen, Zimmermann habe im Streit um seine Pläne — konkret: Kinder-Nachzugsalter — eine Niederlage erlitten. Alle Redner betonten, daß von einer Niederlage Zimmermanns keine Rede sein könne, daß hier nur an einem Punkt eine kleine Korrektur vorgenommen wird, die nicht einmal wirklich sicherstellt, daß die Familien nicht auseinandergerissen werden.

Betont wurde die Notwen-

digkeit, die in der Vorbereitung des Marsches in Dortmund geschaffene Gemeinsamkeit zu bewahren — sie wird sich in Zukunft noch weit mehr zu beweisen haben als an diesem Tag.

Schließlich wurden noch zahlreiche Unterschriften unter eine Resolution gesammelt, die einen ganz aktuellen Fall Dortmunder Ausländerpolitik aufgreift:

Asiye Karaduman ist türkische Staatsangehörige und 23 Jahre alt. Sie ist seit 1981 verheiratet. Ihr Mann Bektas lebt seit 1979 in Dortmund. Er ist Bergmann auf Gneisenau. Seit November 1983 haben Asiye und Bektas ein Kind. Bis heute wird Asiye Karaduman die Aufenthaltserlaubnis von der Dortmunder Ausländerbehörde verweigert. Warum? Weil der Innenminister von NRW einen „Runderlaß“ verfügt hat, daß das Zusammenleben von Ehegatten davon abhängig ist, daß der hier lebende Ehegatte seit mindestens acht Jahren hier lebt!

Jetzt sind wir gerade dabei zu versuchen, diese Abschiebung zu verhindern!

Noch etwas nicht alltägliches aus Dortmund: Die Marschierer, die in der Evangelischen Kirchengemeinde Aplerbecker Markt übernachteten, erhielten auf Initiative der Pastorin Gelegenheit, während der Sonntagspredigt das Wort zu ergreifen und nach dem Gottesdienst mit interessierten Gemeindemitgliedern zu sprechen. Obwohl die Gemeinde nicht darauf vorbereitet worden war, blieben zu diesem Gespräch etwa 15 Menschen, eine Frau lud Marschierer zu sich nach Hause ein.

Was wird aus Memed E. und seiner Familie?

Memed ist Kurde. Als er 22 Jahre alt war, verließ er sein Dorf und seine Eltern und Geschwister, um im Westen der Türkei Arbeit zu suchen. Er kam nach Izmir. Aber seine Hoffnung erfüllte sich nicht. Zwei Jahre lang lebte er in Izmir immer am Rande des Elends, nur ein halbes Jahr lang hatte er in dieser Zeit Arbeit. 1973, als er 24 Jahre alt wurde, kam er hierher, nach Bremen-Blumental. Er arbeitete zuerst in der Bremer Wollkammerei, lernte dann 1974 beim Vulkan Schweißen und arbeitete danach im Schiffbau und in Maschinenfabriken als Schweißer.

Das gebückte Arbeiten an engen Plätzen und die schlechte Luft beim Schweißen machten ihn schon nach zwei Jahren magenkrank und seine Lunge wurde immer anfälliger. 1979 lag er mit einer Lungenentzündung drei Monate im Krankenhaus, danach konnte er acht Monate überhaupt nicht arbeiten. Als er wieder arbeitsfähig war, verboten ihm die Ärzte eine neue Stelle als Schweißer anzunehmen. Eine andere Arbeit aber fand er nicht. Also schweißte er wieder. Nach 15 Monaten in einer Fabrik in Lillenthal, in der er täglich 10 bis 12 Stunden schweißte, wurde er erneut sehr krank. Die Firma kündigte ihm. In einem Vergleich vor dem Arbeitsgericht bekam Memed 7000 Mark Abfindung. Seither, seit Herbst 81 ist er arbeitslos.

Die Familie mit zwei kleinen Kindern lebt jetzt von der Arbeitslosenhilfe. Zwar hat das Arbeitsamt Memed eine Umschulung in Aussicht gestellt, aber als Vorbedingung wird verlangt, daß er gut Deutsch lesen und schreiben kann. Memed besucht jetzt einen Volkshochschulkurs, aber er meint, er lernt dort nicht genug. Die Familie lebt sehr isoliert. Es gelingt ihr kaum, deutsche Freunde zu finden oder Kontakte mit deutschen Nachbarn aufzunehmen. Die Ausländerfeindlichkeit vieler Nachbarn macht ihnen das Leben immer schwerer. Memed hat die größten Sorgen hinsichtlich der Zukunft. Wie soll es weitergehen? Er hat Angst, daß er die Deutschprüfung nicht schafft, er hat Angst, daß er dann, vor allem, wenn das verschärfte Ausländergesetz in Bonn durchkommt, mit Frau und Kindern ausgewiesen wird. Wohin dann? In der Heimat hat er keine Chance. Von seinen Brüdern, die seit 76 mit ihren Familien und den Eltern in Izmir leben, erhielt er gerade die Nachricht, daß sie aus ihrer Wohnung ausziehen mußten, daß sie alle praktisch keine Wohnung mehr haben. Sie konnten seit Jahren nirgends Arbeit bekommen.

Die eigentlich unendliche Geschichte der Ünal Cimenci:

Ich heiße Ünal Cimenci, bin 1963 geboren und kam im Alter von 13 Jahren aufgrund der Familienzusammenführung in die BRD. Das war 1976. Da mein Vater nicht erlaubte, daß ich die Schule besuchte, war ich gezwungen zu Hause zu bleiben. Im Alter von 17 Jahren erhält man hier eine Arbeitslaubnis, die ich in der Zeit von November 1979 bis Juli 1980

Schicksale

Wenn es um Ausländerpolitik geht, wird gewöhnlich mit Zahlen hantiert — 5stelligen, 6stelligen, 7stelligen Zahlen. Allzu leicht gerät der einzelne Mensch hinter diesen Zahlen in Vergessenheit. Deshalb die Ausschnitte aus dem Leben einzelner Menschen auf dieser Seite.

Wir haben diese Beschreibungen der „Resolution zur Ausländerpolitik in Bremen“ entnommen, die von einigen Teilnehmern des Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik dem Bremer Senator für Jugend, Sport und Soziales, Henning Schierf, übergeben wurde.

erhielt. Da arbeitete ich in einem kleinen Betrieb, der Altkleider sortierte und weiterverarbeitete. Es war eine dreckige und schlecht bezahlte Arbeit. 1981 habe ich geheiratet. Mein Mann erhielt noch keine Arbeitslaubnis, weil er erst ein Jahr in der BRD lebte. So mußte ich für unseren Unterhalt sorgen. Im März 1981 fand ich Arbeit als Küchenhilfe in einem griechischen Restaurant. Dort arbeitete ich neun Stunden täglich, manchmal ohne Pause, einen freien Tag pro Woche, einen Wochenendzuschlag gab es nicht, usw. Aber ich war ja froh, daß ich Arbeit hatte. Im März 1982 wechselte der Besitzer des Restaurants.

Als ich im Mai 82 feststellte, daß ich schwanger war, teilte ich das meinem Chef sogleich durch eine ärztliche Bescheinigung mit. Daraufhin wurde ich fristlos gekündigt. Da ich wußte, daß das nicht rechtmäßig ist, habe ich beim Arbeitsgericht Klage dagegen erhoben. Im Juni endete dann mein Arbeitsverhältnis, ich beantragte noch am selben Tag Arbeitslosengeld. Durch die Kündigung wurde mir meine Arbeitslaubnis entzogen.

Im Januar 1983 kam es bei dem Arbeitsrechtsstreit zu einem Vergleich, demzufolge mein Arbeitsverhältnis am 1. März 83 erneut beginnen sollte. Voraussetzung der Wiedereinstellung ist das Vorhandensein einer gültigen Arbeitslaubnis, um die sich beide Parteien bemühen sollen. Den entsprechenden Antrag stellte ich am 31.1.83. Am 7. Februar wurde dieser Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß für meine angestrebte Tätigkeit zur Zeit in ausreichender Zahl deutsche bzw. vorrangige ausländische Arbeitnehmer zur Verfügung stünden. Dagegen habe ich Widerspruch eingelegt und beantragte den Erlaß einer einstweiligen Anordnung.

Ich hatte ja einen Arbeitsplatz zum 1. März 83, und mein Chef durfte laut gerichtlichem Vergleich nur mich einstellen. Besetze ich diesen Arbeitsplatz nicht, so wird an meiner Stelle kein anderer Arbeitnehmer eingestellt, da es sich bei dem Restaurant um einen Familienbetrieb handelt. Die einstweilige Anordnung, mir bis zum endgültigen Bescheid des Rechtsstreits eine Arbeitslaubnis als Küchenhilfe in dem Restaurant zu erteilen, wurde abgewiesen, mit folgender Begründung: Maßgeblich komme es auf die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes an, und insofern verhielten sich die Dinge so, daß mir das Arbeitsamt zehn geeignete, vorrangige Arbeitslose benennen könne, die für die Tätigkeit zur Vermittlung bereitstünden. Inzwischen sind zwei Jahre vergangen, in denen meine Familie und ich viele Wege beschreiten mußten.

Meine Tochter ist am 1. Januar 1983 geboren. Wir leben inzwischen von Sozialhilfe. Dabei brauchten wir dem



Staat gar nicht auf der Tasche zu liegen, hätte das Arbeitsamt richtig entschieden.

Unsere Situation sieht nun so aus, daß unsere Aufenthalts-erlaubnis im Juni abläuft, sowie das Recht auf Sozialhilfe, die an Ausländer ein Jahr bezahlt wird. Wir sind also von Ausweisung bedroht. Die Ängste, die unser Leben begleiten, kann sich kaum jemand vorstellen, auch wenn er meine Situation kennt.

Der Prozeß beim Sozialgericht gegen das Arbeitsamt, der schon im Februar stattfinden sollte, wird frühestens im Juni sein. Wir können jetzt nur noch abwarten und hoffen, daß ich mein Recht bekomme. Mein Recht auf die Arbeitslaubnis für meinen Arbeitsplatz, den ich seit zwei Jahren habe, aber ohne diese Erlaubnis nicht in Anspruch nehmen kann.

Nermin will nicht verheiratet werden

Im letzten Sommer im Urlaub zu Hause im Dorf haben die Eltern Nermin verkauft, als ob

sie ein Schaf verkaufen. Dabei ist Nermin erst 16 Jahre alt und macht demnächst den Realschulabschluß. Sie ist gut in der Schule und möchte hier bleiben, einen Beruf lernen, aber sie wurde verkauft. Die Eltern finden es besser, sie jetzt schon zu verloben, bevor etwas in Deutschland passiert, bevor sie sich hier vielleicht in einen Jungen verliebt. Sie möchten auf keinen Fall, daß Nermin in Deutschland heiratet, denn hier kennen die Eltern ja niemanden so gut. Aber in unserem Dorf, sagen sie, da kennen wir jede Familie, da wissen wir, unter was für Menschen Nermin kommt. Deshalb wurde Nermin letzten Sommer an einen entfernten Verwandten verlobt, den sie gar nicht kennt. Auf dem Verlobungsfest hat sie ihn zum ersten Mal gesehen. Nur heimlich konnten die beiden ganz kurz miteinander sprechen. „Was machst du in Deutschland?“, fragte er. Sie: „Ich gehe zur Schule“. Er: „Schreibst du mir?“ Sie: „Was soll ich dir schreiben, ich kenn' dich ja gar nicht.“ Das war alles.

Sie feierten in langen Kleidern und mit Goldschmuck, also eine Verlobung, von der man nicht zurück kann, ohne das Gesicht zu verlieren. Jetzt weint Nermin. Diesen Sommer

ist Hochzeit. Sie kann sich nicht vorstellen, mit diesem Mann in einem Bett zu liegen. Sie kann sich nicht vorstellen, im Haus der Schwiegermutter in diesem Dorf ohne ihre Eltern zu leben, in einem Dorf, in dem die Frauen noch geschlossen sind, d.h. Pumphosen und große Kopftücher tragen, nicht allein rausgehen dürfen und niemals mit Männern sprechen dürfen. Nermin wird auch sehr viel Hausarbeit machen müssen, die sie nie gelernt hat. Nermin traut sich aber nicht, gegen diese Heirat etwas zu unternehmen, denn dann würde ihre Familie in dem ganzen Dorf schlechtgemacht. Das will sie ihren Eltern nicht antun. In der Schule hat sie niemandem erzählt, was auf sie zukommt. Sie schämt sich. Es handelt sich um zwei nicht miteinander zu vereinbarende Welten. Niemand in ihrer Klasse weiß, daß sie nach den Sommerferien nicht mehr zurückkehren wird.

(Name geändert — RM)

Ismael will nicht in die Türkei

Ismael ist jetzt 19 Jahre alt. Er ist in der Türkei geboren. Kurz nach seiner Geburt ging der Vater nach Bremen, wo er das erste Jahr Arbeit in der Wollkammerei fand, danach ging der Vater zu Klöckner und arbeitete dort 18 Jahre in der Kuhlerei. Als Ismael drei Jahre alt war, zog er mit der Mutter und den fünf Geschwistern nach Bremen. Im Generalsviertel in Bremen-Walle ist Ismael aufgewachsen. Er ist beliebt bei den Nachbarn und hat viele Freunde. In der Schule wurde er oft als Dolmetscher eingesetzt.

Schon als Kind arbeitete er stundenweise in einem Waller Blumenladen. Das macht er heute auch noch, aber eine richtige Arbeits- oder Lehrstelle will der Ladeninhaber ihm nicht geben. Als illegaler Arbeiter ist Ismael ja auch billiger. Drei Mark geben sie ihm die Stunde. Dafür macht er alle anfallenden Arbeiten wie Laden aufschließen, Blumen versorgen und zum Großmarkt fahren.

Ismael hat einen guten Hauptschulabschluß gemacht und hat danach ein Berufsgrundbildungsjahr gemacht im Bereich Kfz. Er spricht sehr gut Deutsch und kann Türkisch aber nur halb und halb. Vor allem kann er seine Muttersprache nicht schreiben.

Dieser Junge hat jetzt ein großes Problem. Er will nicht in die Türkei, die er nur aus dem Urlaub kennt, aber vieles spricht dafür, daß er bald zurück muß. Denn es gelingt ihm einfach nicht, einen richtigen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle zu finden. Nur unter dieser Bedingung könnte er sich hier allein ernähren und auf Dauer hierbleiben.

Denn die Eltern gehen im kommenden Sommer zurück.

Sie haben ihr Lebensziel erreicht. Der Vater ist schon ein Jahr arbeitslos, aber er ist schon in den 50ern, und in der Türkei wartet auf ihn eine winzige Rente. Außerdem hat er sich mit den 19 Jahren Arbeit in Deutschland ein schönes, großes Wohnhaus in der Heimatstadt errichtet mit drei Wohnungen, die er vermieten kann. Der Vater will jetzt auf jeden Fall zurück, wofür haben sie Urlaub für Urlaub an dem Haus geschuftet. Natürlich will der Vater die ganze Familie mitnehmen, besonders auch den Sohn. Denn er hat seiner Meinung nach sowieso schon zu sehr die deutschen Sitten angenommen. Der Vater hofft, daß sich das bessert, wenn sie erst mal in der Türkei sind. Er hat dann ja auch mehr Zeit, seinen Sohn wieder zurechtzubiegen.

Gerade das aber will Ismael auf keinen Fall. Er ist ja schon volljährig, und hier in Deutschland heißt das, daß er jetzt über sich selbst bestimmen kann, daß er wohnen kann, wo er will und sich befreunden kann, mit wem er will, wenn, ja wenn er Arbeit findet. In der Türkei wäre das alles anders. Das hat er ja jedes Jahr im Urlaub gesehen. Mit den jungen Männern dort konnte er sich nicht verständigen, weil er die Gesetze und die Sitten, die in der Türkei gelten, verachtet. Wenn er dort ein Mädchen angesprochen hat, dann kam er gleich in die Rolle eines Heiratskandidaten. Er ist es nicht gewohnt, daß man mit Mädchen nicht sprechen darf. Nein, das Leben, das dort von ihm verlangt würde, ist nichts für ihn. Ismael findet die deutschen Sitten besser, weil sie den Menschen nicht so einengen. Aber — wenn er jetzt keine Arbeit findet, dann wird er — unabhängig von dem Problem mit seinem Vater, in die Türkei zurückmüssen. Denn, sobald die Eltern nicht mehr da sind, steht er ohne Unterhalt da, dann wird er zum Sozialamt gehen müssen, und er hat gehört, daß Sozialhilfempänger in Bremen in der Regel nach einem Jahr keine Verlängerung der Aufenthalts-erlaubnis bekommen — und das bedeutet Ausweisung.

Warum hat Ismael keine Aufenthaltsberechtigung? Der Vater ist schuld, sagt er. Der hat sich nie um so was gekümmert, der hat nur immer Geld verdient und Geld verdient und alles in die Türkei geschafft, ohne daran zu denken, den Status der Familie hier in Deutschland abzusichern. Jetzt ist es zu spät. Wenn Ismael nicht schnell Arbeit findet, dann droht ihm aber noch eine weitere Geschichte, nämlich der Militärdienst in der Türkei. Eine Aufforderung hat er schon bekommen, die zweite wird bald da sein, und bei der dritten würde ihm die Ausländerbehörde den Paß entziehen und er müßte Hals über Kopf in die Türkei fahren.

Ismael will aber nicht in die Türkei, auch deshalb nicht, weil er inzwischen eine deutsche Freundin hat. Er will hier leben. Also braucht er auf jeden Fall einen Arbeitsplatz. Erstens, weil er dann seinen Militärdienst um mindestens zwei Jahre verschieben könnte, vielleicht sogar, bis er 29 Jahre alt ist und vielleicht könnte er bis dahin sogar die 20000 Mark verdienen, um sich davon zu befreien. Zweitens, weil er dann sofort eine Aufenthaltsberechtigung beantragen könnte, na ja und drittens könnte er dann endlich auf eigenen Füßen stehen. Das wäre ein schöner Lebensplan nach Ismaels Geschmack. Ist das zuviel verlangt vom Leben? In die Türkei würde er weiterhin im Urlaub fahren.

Es herrscht — scheinbare — Ruhe im Land...

Die Situation der Menschen Mexicos, der wachsende Hunger, die zunehmende Verelendung, die tagtägliche Unterdrückung — Themen, zu denen

Octavio Paz auch Stellung genommen hatte, seine Enthüllungen zu diesen Problemen, die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes, in dem

O. Paz lebt und schreibt, blieben ausgeblendet, als ihm der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels überreicht wurde.

Arbeitsteilung der Christdemokraten: von Weizsäcker zeichnet den Vertreter des intellektuellen, literarischen Mexico aus, Kohl lobt Mexicos Sparpolitik als „vorbildlich für Lateinamerika“ und fordert gleichzeitig bessere Investitionsmöglichkeiten für das bundesrepublikanische Kapital. (Kohl bei seinem Mexico-Besuch im Juli)

Kein Wort von Weizsäcker (aber auch nicht von O. Paz) über die zur Unwissenheit verurteilte Mehrheit der mexicanischen Bevölkerung: nur 42,3 Prozent der Schüler in den Städten, nur 10,1 Prozent auf dem Land können tatsächlich der sechsjährigen Schul„pflicht“ nachkommen (1). Alle anderen verlassen vorher die Schule, müssen sie verlassen. Nicht aus Bildungsunwilligkeit, sondern aus ökonomischen Zwängen, als Folge der von Kohl gepriesenen Sparpolitik der mexicanischen Regierung unter Miguel de la Madrid.

Verschuldung — Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) — Sparpolitik der Regierung, elegant umschrieben mit „Plan der wirtschaftlichen Rekonstruktion“ — für die Bevölkerung Mexicos sind die Folgen existenzbedrohend.

Die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung steigt. Heute gibt es in Mexico ca. 12 bis 13 Millionen Arbeitslose bzw. Unterbeschäftigte, das sind ca. 60 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die Mehrheit der Noch-Arbeit-Habenden acht Millionen Mexicaner/innen verdient den „salario mínimo“, den Minimallohn von umgerechnet 10,— DM täglich. (2) Ein Lohn, der nach den Berechnungen der regierungsfreundlichen Gewerkschaftszentrale CTM nicht einmal ausreicht, um die Hälfte der notwendigen Ausgaben einer Familie zu decken. Zum Leben zu wenig, kaum ausreichend zum Überleben.

Einhalb Jahre Sparpolitik unter Miguel de la Madrid haben ausgereicht, um die Ernährungsgewohnheiten der vom salario mínimo lebenden Bevölkerung zu verändern. Fleisch, Fisch, frisches Gemüse, Obst sind zu unerschwinglichen Luxusartikeln geworden — wie zuvor schon für die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten. Speiseöl wird durch Schmalz ersetzt, Reis durch Nudelsuppe, Milch durch Kaffee, Obst durch Marmelade, Gemüse durch Bohnen, Fisch durch Nudelsuppe ... um nur ein paar Beispiele zu nennen. (3)

Welche Auswirkungen diese Sparpolitik für die Kinder hat, machen folgende Zahlen deutlich: mindestens sechs Millionen Kinder unter fünf Jahren trinken nie Milch, weitere sechs Millionen nur äußerst unregelmäßig. Die für die Entwicklung so wichtigen Proteine, wie sie in Eiern, Fisch etc. enthalten sind, fehlen fast gänzlich auf dem Speiseplan der Kinder der Mehrheit. (4) Sparpolitik bedeutet für sie: Unterernährung, Mangelerscheinungen.

Bitterböser Humor eines Karikaturisten: Die in zerrissener Kleidung gezeichneten, elend aussehenden Eltern diskutieren, was sie mit ihren Kindern in den Schulferien unternehmen können. „Besuchen wir den Park oder einen Supermarkt, damit sie die verschiedenen Lebensmittel kennenlernen können?“ — lautete der Text.



„Wir sagen Dank, weil wir in Freiheit leben.“ (Auf der Auslandsschuld).

Während ich dies schreibe, mischen sich eigene Erfahrungen mit den nüchternen Statistiken:

- der kleine Dorfladen im Süden Mexicos, wo Obst nur stückweise verkauft wird,
- die 13köpfige Familie von Rosa, die wie selbstverständlich eins der insgesamt nur vier Betten für uns freimacht, ohne auf unseren Widerspruch zu hören.
- Die Kinder und Jugendlichen an den Straßenkreuzungen in Mexico Stadt, die durch Windschutzscheiben-Waschen, Verkauf von Lotteriescheinen, Kaugummis, Zeitungen etc., durch Feuer-Schlucker-Darbietungen versuchen, das Überleben ihrer Familien zu sichern,
- das Wasche-Waschen und Baden am Fluß in Guerrero, weil die seit Jahren versprochene und geplante Wasserleitung ins Dorf immer noch nicht gebaut wurde,
- das „Haus“ von Ascencions Familie auf dem Land: bestehend aus einem ca. 20qm großen Raum, in dem die gesamte Familie plus Hühnern und sonstigem Kleintier wohnt, schläft, lebt, mit der „Küche“ nach draußen unter dem vorgezogenen Dach.

Die für 1980 ermittelten Angaben über die Wohnsituation der Mexicaner hat sich nicht verbessert — im Gegenteil. 55 Prozent der Familien leben in einem, maximal zwei Räumen. Ein Drittel aller Familien lebt ohne fließend Wasser in der Wohnung bzw. der unmittelbaren Umgebung. 25 Prozent leben ohne Anschluß an das Elektrizitätsnetz, für ein Drittel aller Wohnungen/„Häuser“ gibt es keinen Anschluß an das Abwassersystem ... (5)

Wie lobte der Kanzler Kohl Mexico? Das Land sei mit seiner Sparpolitik ein Vorbild!

Sparpolitik in wessen Interesse? Für wen? Auf wessen Kosten?

Die BRD ist nach den USA der zweitgrößte Auslandsinvestor. Lohnerhöhungsgrenzen weit unterhalb der Inflationsrate, kurz: sinkende Reallöhne,

die bisher gesicherte Rückzahlung der Auslandsschulden, die vom Staat kontrollierten großen Gewerkschaftszentralen, das Durchbrechen der Sparbeschlüsse „nur“ beim Ausbau der Polizei und der Armee, verbunden mit Lohnerhöhungen weit über den für alle anderen Bereich festgelegten „Lohnerhöhungsbegrenzungen“ ... die von Kohl gelobte Sparpolitik sichert die Extraprofite des ausländischen Kapitals und die Profite des einheimischen.

Noch herrscht — zumindest für die internationale Öffentlichkeit — Ruhe im Land. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, ihre Proteste und Streiks, ihr Kampf werden stärker als in den Jahren zuvor unterdrückt.

In den letzten Monaten wurden mehr als 1000 Campesinos ermordet, wegen ihrer Teilnahme am Kampf um Boden, gegen die staatliche Agrarpolitik, wegen ihrer unabhängigen Organisation. Zu den über 500 Verschwundenen seit den 70er Jahren kommen 1984

weitere 50 hinzu.

Weite Gebiete von Hidalgo und Veracruz stehen unter Militärkontrolle. Über Teile der Sierra Norte von Puebla wurde der Ausnahmezustand verhängt: Die Polizei und das Militär haben dort in den letzten Wochen mehr als elf Campesinos ermordet, Häuser der Campesinos zerstört oder in Brand gesetzt.

Die Antwort der staatlichen Institutionen auf den Kampf der Colonos (den Bewohnern der Elendsviertel) für Wohnungen,

Verbesserung der Wohnsituation war verstärkte Unterdrückung und in vielen Fällen „desalojo“ — Vertreibung: 200 Familien im Stadtteil Explanza

3800 Familien in Tlatelolco um nur einige Beispiele der staatlichen „Wohnungs-/Sanierungspolitik“ zu nennen, wurden aus ihren Häusern mit Gewalt vertrieben, geschlagen, häufig ihrer wenigen Habe beraubt.

Die Studenten- und Schülerbewegung sollte durch die Festnahme von 73 Lehrern und Schülern der Preparatoria Popular de Tacuba (in Mexico Stadt) getroffen werden. 60 der Festgenommenen sind offiziell Gefangene, 13 sind „verschwunden“. Auch die Ermordung von Fierro Loza, Mitarbeiter der Universität von Guerrero, reiht sich ein in die Reihe der zunehmenden Unterdrückung.

Noch gelingt es der mexicanischen Regierung mit Unterdrückung und mit Hilfe der unter ihrer Kontrolle stehenden großen „offiziellen“ Massenorganisationen die Lage im „Griff zu halten“.

An den von den linken Organisationen, Parteien, unabhängigen Gewerkschaften durchgeführten „nationalen Protesttagen“ im Oktober 1983 und im März 1984 gegen die Sparpolitik der Regierung und das Diktat des IWF beteiligte sich erst ein Bruchteil der Werktätigen. Aber es waren erste, notwendige Schritte.

Anmerkungen

- (1) Proceso, Nr. 404 vom 30. Juli 1984, S. 39
- (2) Proceso, Nr. 390, vom 23. April 1984, S. 9
- (3) ebenda, S. 11
- (4/5) Proceso Nr. 404, S. 39
- (6) Informationen der Diözese von Cuernavaca, zitiert im Correo del Sur, 29. Juli 1984.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

KIEL

„Nicaragua ist bedroht“
Veranstaltung der KPD
Donnerstag, 18. Oktober, 20.00 Uhr
„Räucherei“ (ATS) Preetzer Straße, Kiel-Gaarden

FRAUEN AUS GR

Die Veranstaltungsreihe mit englischen Bergarbeiter- und Friedensfrauen in der Woche vom 13.—20. Oktober. K. Sutcliffe und M. Collins sind von den Bergarbeiterfrauen aus Kent, L. Bolton von Greenham Common. Es handelt sich um zwei parallele Touren, auf der einen sprechen Sutcliffe und Bolton, auf der anderen Collins.

Hückelhoven-Ratheim

Sonntag, 14. Oktober, 15.00 Uhr, Evangelisches Jugendheim (Collins)

Oberhausen

Sonntag, 14. Oktober, 18.00 Uhr, K 14, Lothringer Straße (Sutcliffe/Bolton)

Osnabrück

Montag, 15. Oktober, 19.30 Uhr, Schloßgartencafé/Stadthalle (Sutcliffe/Bolton)

Aachen

15. Oktober, 19.30 Uhr, Sozialistisches Zentrum, Heinestraße 16 (Collins)

Köln

Dienstag, 16. Oktober, 20.00 Uhr, Forum der VHS, (Sutcliffe/Bolton)

Stuttgart

Mittwoch, 17. Oktober, Kleiner Saal des DGB-Hauses, Uhrzeit erfragen (Sutcliffe/Bolton)

Mannheim

Mittwoch, 17. Oktober, 20.00 Uhr, ESG-Raum (Collins)

Karlsruhe

Donnerstag, 18. Oktober, Gasthof „Deutsche Eiche“, Augartenstr. 60 (Sutcliffe/Bolton)

Rüsselsheim

Freitag, 19. Oktober, 20.00 Uhr, Rüsselsheimer Stadthalle

Stuttgart

Samstag, 20. Oktober: Alle drei sprechen auf den Kundgebungen der Friedensgruppe und des DGB

Köln-Rodenkirchen

„Solidaritätskonferenz Südliches Afrika 84“. 12.—14. Oktober 1984 in der Gesamtschule Köln-Rodenkirchen. Die Konferenz wird unter folgenden Forderungen abgehalten: Frieden für das südliche Afrika! Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker von Südafrika und Namibia! Solidarität mit den Frontstaaten! — Die Konferenz steht unter der Schirmherrschaft der OAU. Genaueres über Ort und Zeit, sowie Vorbereitungsmaterial beim „Organisationsbüro Konferenz Südliches Afrika 84“, Kaiserstraße 71, 5300 Bonn 1, Tel.: (0228) 220953.

Südkoreanischer Staatsbesuch in Japan

„Das Kommuniqué zeigt Beziehungen zwischen Herr und Knecht“

(Artikel aus „Volksstern“, Zeitung der KP Japans/Linke)

Chun Doo Hwan brachte seine diplomatischen Aufgaben am 8. August zu Ende, indem er ein gemeinsames Kommuniqué von Japan und Südkorea mit Nakasone (japanischer Premier — d. Red.) unterzeichnete.

Dieses Kommuniqué enthält konzentriert den Inhalt der „Japanisch-südkoreanischen Beziehungen in einer neuen Ära“ wie sie während des gesamten Besuchs, vor allem in den Spitzengesprächen beschworen wurden. Was da ans Licht kommt, sind die japanischen Absichten, ist die wahre Natur dieser Beziehungen, als einer zwischen Herrscher und Beherrschtem.

Was dieses Kommuniqué von jenem unterscheidet, das im letzten Jahr, aus Anlaß von Nakasones Besuch in Südkorea veröffentlicht wurde, ist, daß es deutlich macht, welches strategische Gewicht die Zusammenarbeit zwischen Japan und Südkorea und ihre Entwicklung im Ostasiatischen und sogar im weltweiten Zusammenhang hat.

Anders gesagt: Der japanische Imperialismus versucht das Chun-Regime einzusetzen in seinem Spiel, im asiatischen und pazifischen Bereich seine Vorherrschaft wiederzugewinnen, seine Märkte und Einflußsphären überall in der Welt zu erweitern.

Nakasones Besuch in den USA im Januar letzten Jahres, unmittelbar nach seinem Südkorea-Besuch, wie auch Reagans Gegenbesuch im letzten November führten dazu, daß die zweiseitige Zusammenarbeit beider Staaten zu einer strategischen Zusammenarbeit wurde. Auf dieser Grundlage bezieht sich der japanische Imperialismus konkrete Vorbereitungen zu treffen für eine Nachkriegs-Neuaufgabe der „Großen Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandzone“ (dies war das Schlagwort, unter dem die Truppen des Tenno vor dem Weltkrieg in zahlreichen ostasiatischen Ländern einfielen, die Mandschurei annektierten usw. — d. Red.). Japan transferiert einen Teil seines Kapitals nach Südkorea, um von dort aus, unter dem Mantel „südkoreanischer Industrie“ seinen Einfluß in Südostasien, im Mittleren Osten, Afrika und China auszuweiten. Auf diesem Wege zwingt Japan Südkorea dazu, seinen Weg in die Welt zu ergänzen. (...)

Im Zusammenhang mit der Lage und der Politik auf der koreanischen Halbinsel, zieht sich durch das gemeinsame Kommuniqué die Absicht des japanischen Imperialismus, die gesamte Halbinsel, einschließlich der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zu annektieren, von Südkorea ganz zu schweigen, das die japanischen Imperialisten für unerlässlich halten, um ihre neue „Wohlstandzone“ zu errichten.

Das gemeinsame Kommuniqué unterstreicht sehr eindeutig den Zusammenhang zwischen „Frieden und Stabilität“ in Ostasien mit der Zusammenarbeit zwischen Japan und Südkorea und preist dabei lautstark die südkoreanischen Rüstungsanstrengungen. Dies bedeutet, daß Japan faktisch erneut die koreanische Halbinsel als seine Einflußzone fordert. Dies ist andererseits ein vorbereitender Schritt bei der beabsichtigten militärischen Zusammenarbeit zwischen Japan und Südkorea.

Den folgenden Artikel entnehmen wir dem englischsprachigen Bulletin „Volksstern“, der Zeitung der KP Japans/Linke. Er befaßt sich nach Abschluß des Besuchs von Chun Doo Hwan, des südkoreanischen „Staatschefs“ in Japan, mit der Bedeutung dieses Besuchs.

Ein Versuch, der nun endgültig Gestalt annimmt. (...)

Chun Doo Hwan hielt ein wachsames Auge darauf, ob die Nakasone-Regierung über seinen Kopf hinweg Kontakte zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik anbahnt. Der Grund ist seine Furcht davor, daß der japanische Imperialismus gemeinsam mit dem US-Imperialismus für seine Absetzung konspirieren könnte, da er ja berüchtigt ist als Schlächter der Erhebung von Kwangju... Deshalb unterstrich er im-

Japans Position anzunehmen, daß es nicht wünschenswert sei, „den Norden zu isolieren“.

Solche Probleme zwischen Japan und Südkorea machen die Art der Beziehungen zwischen ihnen noch deutlicher.

Das Chun-Regime hatte Japan darum gebeten, etwas zur Korrektur der Zahlungsbilanzdefizite zu tun, (so hatte Südkorea allein 1983 ein Handelsdefizit mit Japan von 2,6 Milliarden US-Dollar), und seine moderne Technologie nach Südkorea zu exportieren. Die japanische Re-

len. Als Ausdruck davon wurde Chun sogar dazu gezwungen, im Kommuniqué herauszustellen, daß „die Ausdehnung der Investitionen wichtig ist für die industriell-technische Zusammenarbeit und andere Formen der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet“.

Was die Forderung nach Überprüfung des Status von koreanischen Einwohnern Japans betrifft, so verweigerte dies der japanische Imperialismus rundweg mit der Aussage, dies sei „schwierig“. Der südkoreanische „Partner“ stand im Regen. (...)

Chun Doo Hwan, der nach der Veröffentlichung des Kommuniqués zurückflog, hielt am Flughafen Kimpo noch eine Abschiedsrede. Dabei betonte er eine angebliche historische Bedeutung der Worte des Kaisers, der sein „Bedauern“ über die „unglückliche Vergangenheit zwischen beiden Ländern“ ausgedrückt hatte und ebenfalls für eine „neue Ära der Beziehungen“ plädierte. Japan, so beeilte sich Chun der erste zu sein, es in den Himmel zu heben, sei ein Land, „das die Freiheit und den Frieden liebt“...

Der gesamte Besuch Chuns in Japan half dem japanischen Imperialismus dabei, seine Anstrengungen für die Wiedereingliederung der koreanischen Halbinsel zu verstärken, als ein Schritt zur Wiedererrichtung der „Großen Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandzone“, als ein Teil der militärischen Zusammenarbeit zwischen USA, Japan und Südkorea. Im wesentlichen bedeuten die „Japanisch-koreanischen Beziehungen einer neuen Ära“ nichts anderes als die Absicht des japanischen Imperialismus, das koreanische und andere asiatische Völker auszubeuten, mit Aggression und Krieg zu überziehen. (...)



mer wieder die „Bedrohung aus dem Norden“ und betonte, nur ein direkter koreanischer Nord-Süd-Dialog könne Änderung schaffen. So aufgeregt war Chun, daß die Tagesordnung des zweiten Spitzengesprächs mit Nakasone geändert werden mußte, erneut die Lage auf der Halbinsel besprochen, wie schon beim ersten Treffen.

Nakasone jedoch unterdrückte Chuns Argumente und erlaubte ihm nicht, die KVDR im Kommuniqué namentlich anzugreifen, drängte ihn dazu,

gierung jedoch verweigerte dies unter dem Vorwand, dafür sei eine ausführliche Diskussion nötig. Die Meinungsverschiedenheiten blieben bei den Treffen auf Ministerebene ungelöst. Dies zeigt, daß die wahre Absicht des japanischen Imperialismus die ist, alle wirtschaftliche Kraft einzusetzen für seinen Plan, Korea wieder zu annektieren. Der japanische Imperialismus hat auch nicht die leiseste Absicht, die Forderungen des Chun-Regimes und der südkoreanischen Bourgeoisie zu erfüllen.

Proteste gegen Chuns Besuch

Widerstand in Japan und Korea

In einem weiteren Artikel der Zeitschrift „Volksstern“ wird über den Widerstand, den es in beiden Ländern gegen Chuns Besuch in Japan gab, berichtet. Auch darüber veröffentlichen wir einige Auszüge.

In Südkorea protestierten acht große Organisationen, darunter der christliche koreanische Studentenverband und der Rat der evangelischen Jugend mit einem Treffen am 23. Juli. Dort wurde eine Resolution verabschiedet, in der Chuns Besuch als „ein Pilgergang des nationalen Ausverkaufs an Japan“ bezeichnet wird und das Treffen mit dem Kaiser, „diesem geschworenen Feind der Nation und Kriegsverbrecher“, kritisiert. 20 evangelische Organisationen protestierten am 14. August gegen den Besuch und unterstrichen dabei, daß sich die Beziehungen vom wirtschaftlichen bereits auf den militärischen Sektor ausgedehnt hätten. Die breite Beteiligung gerade auch christlicher Organisationen an diesen Protesten zeigt, wie sehr der Widerstand in der koreanischen Bevölkerung angewachsen ist. Vor diesem Hintergrund fanden auch zahlreiche militante Protestaktionen statt, an denen sich, wie stets,

denen beteiligten.

Am 15. August beschlossen über 1000 Vertreter von 13 Universitäten auf einer Konferenz eine gemeinsame Protestdeklaration gegen den Besuch und demonstrierten anschließend durch die Hauptstadt Seoul. Zur größten dieser Reihe von Aktionen kam es am 29. August, dem 74. Jahrestag der Unterzeichnung des Annektionsvertrags zwischen Korea und Japan als sich 3000 Menschen an einer Demonstration von der Koryo Universität beteiligten, die vor die japanische Botschaft zog, wo es zu Auseinandersetzungen kam.

Auch in Japan gab es Protest, sowohl von Japanern als auch von koreanischen Einwohnern.

Am 15. August riefen die örtlichen Organisationen des Koreanischen Kongresses für Demokratie und Einheit, die Südkoreanische Jugendliga in Japan und der Südkoreanische Studentenverband in Japan zum

gemeinsamen Protest in Osaka auf.

Am 18. August kam es zu einer Demonstration in Kansai, die zur Unterstützung des von koreanischen Einwohnern organisierten Hungerstreiks gegen Chuns Besuch diente. Neben koreanischen Bürgern nahmen auch japanische Arbeiter und Angestellte der Stadt an der Aktion teil. Am 2. September beteiligten sich in Fukuoka rund 1000 Japanische Arbeiter an einer Protestdemonstration gegen den Besuch. 1500 waren es am 4. September in Shimonoseki, 1000 am 5.9. in Toyama, in Kyoto am Tag danach waren es 3000 Arbeiter, Bauern und Lehrer, die sich beteiligten. Dabei waren auch Vertreter der Allgemeinen Vereinigung koreanischer Einwohner Japans.

Auf all diesen Demonstrationen wurden Losungen getragen und gerufen, die sich gegen die „neue Ära“ ebenso wandten wie gegen den Wiederaufbau der berüchtigten „Wohlstandzone“, auch die verabschiedeten Resolutionen und die gehaltenen Reden richteten sich dagegen.

Englisches Gericht erklärt Streik für illegal

Arthur Scargill kam nicht zur Verhandlung

Provokativ, mitten während des Labour-Parteitags, auf dem der Vorsitzende der britischen Zechenarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, als Gast anwesend war, wurde ihm dort eine Ladung zur Verhandlung gegen ihn überreicht.

Der gegenwärtige Streik der Bergarbeiter, so das Gericht, sei illegal. Arthur Scargill habe sich schuldig gemacht, indem er diesen Streik als „offiziell“ ausgerufen hatte. Diese Anschuldigung könnte, entsprechend Thatchers Antigewerkschaftsgesetzen mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden.

Am Donnerstag vergangener Woche sollte diese Verhandlung stattfinden, zu der sich Scargill zu erscheinen weigerte.

Die NUM, so Scargill zur Begründung seines Nichterscheinens, werde es sich nicht „von irgendeinem Richter“ sagen lassen, ob sie streiken darf oder nicht, sondern werde tun, was im Interesse der Bergarbeiter nötig sei.

Die Verhandlung wurde daraufhin auf den 10. Oktober vertagt (nach unserem Redaktionsschluß), Scargill erneut aufgefordert, zum Termin zu erscheinen.

Mit diesem gerichtlichen Vorgehen gegen den Bergarbeiterführer soll nach den Plänen der Thatcherregierung offensichtlich ein neuer Höhepunkt im staatlichen Angriff auf die Bergarbeiter erreicht werden. Nach den über 7000 Festnahmen von Streikposten, die es bisher gab, nach verschiedenen

Prozessen gegen die Gewerkschaft, soll nun der Mann herausgegriffen werden, der für alle als Repräsentant dieses Kampfes gegen die Zechenschließungspläne des britischen Kapitals steht.



Die Solidarität jedes westdeutschen Gewerkschafters und Linken muß da erst recht den Bergarbeitern, ihrer Gewerkschaft und ihrem Vorsitzenden gelten!

Brotunruhen nun auch in Ägypten

Mubarak nahm Preiserhöhungen zurück

Nach Marokko und Tunesien ist es nun, innerhalb kurzer Zeit, auch in Ägypten zu großen Protesten wegen der Erhöhung der Preise, vor allem des Brotpreises gekommen. Obwohl die Erhöhung offiziell gar nicht angekündigt war, nahm sie Präsident Mubarak immerhin offiziell zurück.

Todesopfer bei einem Polizeiberfall auf protestierende Arbeiter im Süden Alexandrias waren der traurige Höhepunkt dieser jüngsten Auseinandersetzungen.

Die Entwicklung zu solchen Auseinandersetzungen ist in allen diesen drei Staaten des Mahgrebs im wesentlichen dieselbe. Da ist zum einen die in den letzten Jahren stets gewachsene Einflußnahme des amerikanischen, französischen und westdeutschen Imperialismus. Damit in engem Zusammenhang stehen wachsende Staatsausgaben für Aufrüstung. Und da ist zum anderen die wachsende Verschuldung dieser Staaten, die sie immer weiter in die Fänge des Internationalen Währungsfonds treibt.

Dieser IWF macht, im Aus-

tausch für neue Kredite, stets seine inzwischen schon weithin bekannten Auflagen: Dazu gehört stets auch die Abschaffung bzw. mindestens Reduzierung der Subventionen des Staates für Lebensmittel. Und das Brot ist in dieser Region stark subventioniert.

So kam es in allen drei Staaten zu Unruhen, zu Protesten, die stets mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden. In Marokko befinden sich zahlreiche der zahllosen politischen Gefangenen im Hungerstreik, in Tunesien sieht Bourgibas Sicherheitsdienst überall Agenten Ghaddafis am Werk, in Ägypten war es nun nach langen Jahren das erste breite Aufflackern politischen Widerstands gegen die Ausverkaufungsregierung, die Mubarak, trotz aller Manöver als Erbe Sadats, weiterbetreibt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Ein Kampf gegen Rom?

Weitet man die Perspektive, sieht man besser Zusammenhänge. Da erfährt die bundesdeutsche Öffentlichkeit, ihr interessierter Teil jedenfalls, seit Jahren zum ersten Mal etwas über die Machenschaften von Opus Dei. Manch einem waren ähnliche Gedanken gekommen, als damals der Skandal um die „Loge P 2“ Italien erschütterte — warum eigentlich soll es ausgerechnet in diesem unseren Lande so etwas nicht geben? Was da, scheinbarweise, über das „Werk Gottes“ ans Tageslicht kommt, das weist schon in eine solche Richtung.

Zurück zur erweiterten Perspektive. Dies war der erste Teil, der Köln-Aachener Raum. Der zweite Blickpunkt liegt südlicher, viel weiter im Süden, in La Valetta. Auch da, auf Malta, stehen Gottesdiener, wenn auch anderer Art, am Pranger: Die katholische Kirche selbst ist es, die da angegangen wird.

Ein Drittel des Inselbodens gehört dem größten Grundbesitzer — und das eben ist die Kirche. Nun weiß man seit Jahr-

hunderten, daß gerade Rom den prallen Geldsack besonders liebt. Rund 20000 Schüler besuchen dort katholische Privatschulen — gegen teures Geld. Beides wollte die sozialdemokratische Regierung abschaffen. Das zweite, die Schulgeldfreiheit, wird sie wohl erreichen, wenn auch nur auf Kosten eines schlechten Kompromisses, Subvention aus der Staatskasse. Der Boden aber, den will die ach so selbstlose Gottesdienerzentrale im Vatikan auf jeden Fall haben. Dafür warf sich der Papst selbst ins Gefecht und mobilisierte europaweit alles, was da falsch verstanden fromm, oder auch nur bigott, fanatisch und stockreaktionär ist. Mintoß zuckte zurück — so unabhängig ist der Inselstaat denn doch nicht.

„Malta's Kraftprobe mit Rom“ („Handelsblatt“) so oder ähnlich lauteten die Presseüberschriften zum breit behandelten Thema. Keiner der ach so progressiven Journalisten, der es da gewagt hätte daran zu erinnern, daß es schon vor 200 Jahren in

den bürgerlichen Revolutionen den Schlachtruf gab „Die Pfaffen zurück in die Kirchen“. Was ja wohl das Mindeste wäre.

Der Herr Ratzinger, deutscher Chef der heutigen vatikanischen Inquisition, meinte in der Auseinandersetzung um die „Theologie der Befreiung“ man dürfe diese nicht akzeptieren, sonst würde die Kirche gespalten in „Anhänger der Ausbeuter und Anhänger der Ausgebeuteten“. Wozu er und sein Chef gehören, das dürfte ihr hysterischer Kampf um ihren Grundbesitz auf Malta erneut klargemacht haben. Und diese Perspektive ist schließlich dann die dritte — die Haltung dieser Kirche in der Frage, ob in Lateinamerika soziale Veränderungen not tun. Wer das sagt, wird herbeizitiert. Wo immer auf der Welt sich etwas Reaktionäres tut, das sagt diese Perspektive, da ist Rom dabei — besser, na-

türlich nicht Rom, sondern der Vatikan.

Wer als Illustration dazu noch die verschiedenen politischen Aussagen der deutschen Bischöfe aus der letzten Zeit nimmt, für den kann sich dieses Bild nur abrunden. Wer auch immer auf dieser ganzen weiten Welt für sozialen Fortschritt, gegen die Ausbeuter kämpft, der muß auch einen „Kampf gegen Rom“ führen.

Gerade deshalb muß in diesem Falle Malta, der jetzigen Regierung die volle Sympathie jedes fortschrittlichen Menschen, und dabei auch jedes fortschrittlich eingestellten christlich-gläubigen Menschen gehören.

Und hier bei uns, da sollte man sich mal ein bißchen mehr um solche Gottesdiener kümmern und darum, wer und wozu sich alles bei ihnen versammelt...

Tempolimit

Freie Fahrt — für die Automobilindustrie

Durch die Einführung von Tempo 100 auf Autobahnen und Tempo 80 auf Landstraßen könnten nach einer neuen Studie des Berliner Umweltbundesamtes die für das Waldsterben verantwortlichen Stickoxide (NO_x) um 182000 Tonnen oder 18,2 Prozent zurückgehen.

Wenn etwa 70 Prozent der Autofahrer die Geschwindigkeitsbegrenzung einhielten, verringere sich der Anteil der Kohlenwasserstoffe um vier bis fünf Prozent oder um 12000 Tonnen im Jahr. (Kohlenwasserstoffe sind stark giftig und wirken krebserzeugend.)

Nach Angaben des Umweltbundesamtes liegt der Rückgang von Kohlenmonoxiden bei 420000 Tonnen im Jahr oder acht Prozent. (Kohlenmonoxide gefährden in Spitzenkonzentrationen bei Verkehrsstößen oder bei Smog-Wetterlagen insbesondere Herz-Kreislauf-Kranke.)

Der Kraftstoffverbrauch würde durch das Tempolimit insgesamt um 7,2 Prozent zurückgehen.

Auf den Autobahnen wird gegenwärtig eine mittlere Geschwindigkeit von 112 Kilometern in der Stunde gefahren. Nach Einführung des Tempolimits säne sie auf 95.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gibt sich in Interviews als „Sohn eines Holzkauflmanns“ zu erkennen, dem „über Holz und Wald überhaupt niemand etwas zu erzäh-

len braucht“. Wenn er demnächst den Franzosen, Italienern und Briten den Weg der christdemokratischen Autoentgiftung schmackhaft machen will, muß er sich wohl die unangenehme Frage gefallen lassen, warum die Bundesregierung nicht eine Geschwindigkeitsbegrenzung als wirksame Sofortmaßnahme gegen den dahinsiechenden Wald beschließt.

Friedrich Zimmermann, der sich monatelang als Waldretter von der Presse feiern ließ, wird sich hüten, das Menschenrecht des „mündigen Bürgers“ auf freie Fahrt anzutasten und auch Bundeskanzler Kohl versicherte, daß es unter seiner Regierung keine Geschwindigkeitsbegrenzung geben werde. Argumentiert wird in Bonn mit ein wenig Statistik aus zweifelhaften Quellen und dem üblichen Geschwätz von der freien Fahrt des freien Bürgers.

Allmählich fällt nun auch der letzte Schleier von der Erkenntnis, daß die Herren in Bonn Marionetten des Großkapitals sind und sich für Umweltschutz nur in geschwollenen Reden vor der Wahl einsetzen. M. Sch., Dortmund

Bergarbeiterfrauen in Wilhelmshaven

Am 6. Oktober fand in Wilhelmshaven eine Veranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses statt, bei der britische Bergarbeiterfrauen berichteten.



In Wilhelmshaven am „Tisch“: (von rechts: C. Mackey (NUM), J. Wilson (Dolmetscherin), M. Redfern (NUM), B. Richter (Diskussionsleitung).

Es waren rund 150 Menschen anwesend. Eine Spendensammlung ergab 1330,— DM, dazu kamen noch 125,— DM der DGB-Jugend Wilhelmshaven. Die KPD übergab dann noch ein Solidaritätsschreiben und eine weitere Spende von 250,— DM.

Die Veranstaltung war sehr

kämpferisch — so etwas gab es hier schon lange nicht mehr. Sie war von einigen Frauen aus dem Ausschuß organisiert worden, wobei sie von den „Hauptamt-

lichen“ ziemlich gebremst worden seien, wie sie sagten. „Skepsis, alles hinterfragt und halbherzig mobilisiert“ wurde diese Haltung bezeichnet. Einige Stimmen nach der Veranstaltung: „... müßte nach breiter Mobilisierung des DGB mit einigen Tausend Leuten in der Stadthalle stattfinden.“

Tempo 100 oder nicht — seit ich arbeitslos bin, kann ich mir sowieso kein Auto mehr leisten!



Daran siehst du mal, wie extrem umweltfreundlich die Politik unserer Regierung ist!



Je mehr Arbeitslose sie produziert,



umso sauberer wird irgendwann die Luft!



Weil es im letzten Jahr so gut lief — über 100 neue Abos — machen wir jetzt noch einmal eine Werbeaktion RM zum halben Preis. Diese Aktion läuft bis zum 31. Oktober 84.

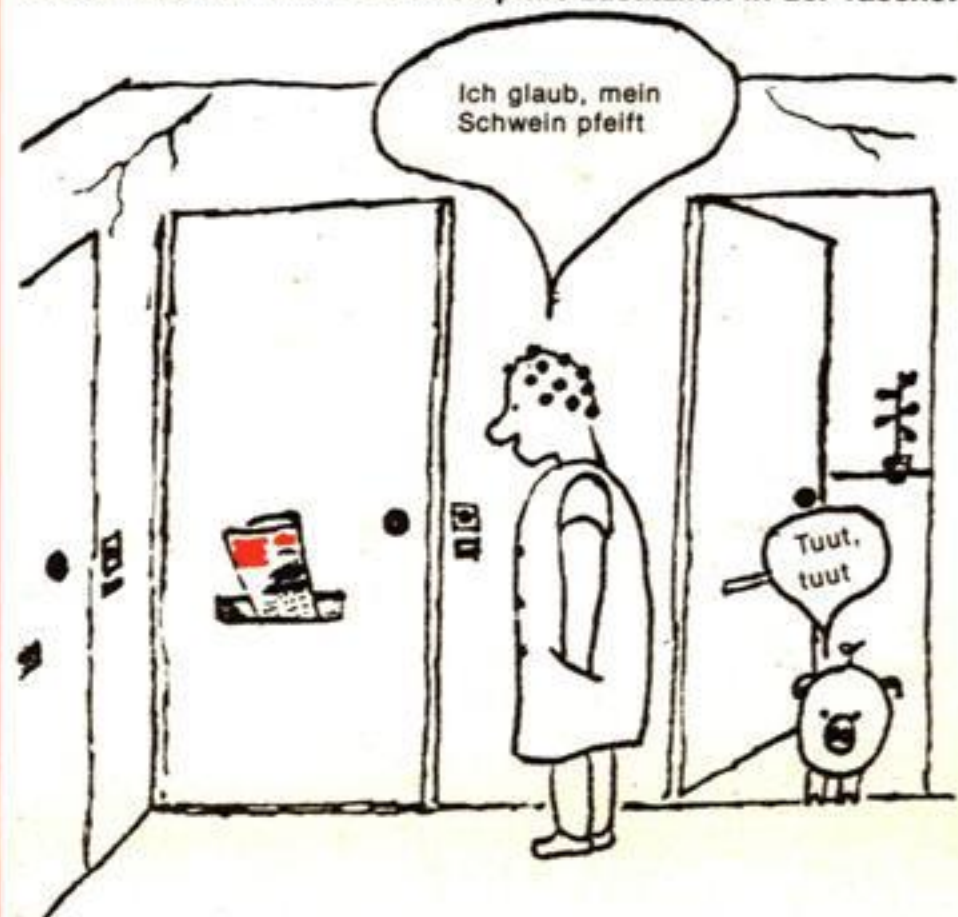
RM zum halben Preis!

Schon für 15 Mark bekommt ihr ein halbes Jahr lang den Roten Morgen, oder für 30 Mark ein Jahr lang...

... zum Kennenlernen für die, die den RM noch nicht kennen, oder nur zufällig ab und zu in die Finger bekommen. Und die den linken Durchblick brauchen.



... zum Weiterverkaufen an Kollegen, Freunde, Nachbarn. Also immer ein oder zwei Exemplare zusätzlich in der Tasche.



... zum Verschenken zum Geburtstag, zu Weihnachten, zum Hochzeitstag, zur Scheidung, oder nur so. Ein Geschenk — jede Woche neu.



Ich abonniere den RM für
☐ 1 Jahr (30 DM) 1/2 Jahr (15 DM)
☐ Ich schicke Verrechnungsscheck
☐ Ich möchte Vorausrechnung

Name

Straße

PLZ/Ort

Einsenden an Verlag RM, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.
 4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.
 2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.
 4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westeck 109a, Tel.: (0231) 20931.
 4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.
 4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.
 2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALEKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingshofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.
 7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.
 2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.
 5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.
 5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.
 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 523966.
 7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.
 Sektion Westberlin, 1000 Berlin 86 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.